Mitglieder-Versammlungen in allen Bezirken

werden, deren einzelne Mitglieder kühn, nüchtern, aufopferungsbereit, und doch voll himmelstürmender Begeisterung für die Sache stehen, kämpfen und sterben können. Dieser Zeitpunkt, wo die dritte Internationale und ihre Sektionen jene Fremdkörper ausscheiden wird, wird kommen, früher oder später. Es sind dies gewissermaßen die Gallensteine, die die Ursache dieser Oppositionskrankheit sind, und der Arzt Radek verordnet natürlich dauernd oppositionelle Umschläge um den kranken Leib der alten Dame. Solange das Leben der Patientin nicht gefährdet ist, wird man einen operativen Eingriff nicht unternehmen, jedoch wenn die radikale Entfernung notwendig wird, sofort. Und bei den zirka 7000 Angestellten und sonstigen Kostgängern werden die Oberärzte so gewaltige Hilfe finden, daß die Entfernung dieser Fremdkörper ziemlich schmerzlos vor sich gehen wird. — Eine gewaltige Summe von Arbeit ist dann wieder nicht nur umsonst, sondern für die Konterrevolution getan.

Denn wie kann ein Revolutionär innerhalb der KPD. für die Revolution wirken? Bei dem ersten offenen Auftreten ist er erledigt. Er muß also seine Argumentation abstimmen nach dem dort gegebenen Milieu. Muß allerlei Verrenkungen und Akrobatenkunststücke aufführen, und unter diesen Umständen müssen die Argumente der Sozialdemokraten und Nationalbolschewisten natürlich weit logischer erscheinen, als alle noch so gut gemeinten Verdrehungskünste. Objektiv stärkt jede Opposition, die nicht grundsätzlich, und sich aller Konsequenzen bewußt, auftritt, die Position der Konterrevolution innerhalb einer Partei. Und so stärkt die Opposition die Konterrevolution auch außerhalb der Partei im Gesamtproletariat. Das um Klarheit ringende Proletariat wird immer und immer wieder irre, wenn alle diejenigen, zu denen es noch Vertrauen besitzt, aus ihrem Herzen eine Mördergrube machen, und schon durch Zugehörigkeit zu einer solchen Partei und Verteidigung deren Politik dazu beitragen, den Verdummungsfeldzug erfolgreich fortzuführen. Der gerade Weg allein führt zum Ziel. Er mag mitunter schmerzlich sein. Er bringt den Bruch mit allen alten Ueberlieferungen mit sich, mit allen alten traditionellen Gewohnheiten. Aber er löst Arme, Herz und Hirn für den revolutionären Kampf. Bringt letzten Endes allein die geistige vollständige Selbstbefreiung. Er lähmt nicht die Initiative, sondern bringt sie zur höchsten Entfaltung. Ist die einzige Möglichkeit, den Kampf erfolgreich führen zu können.

Die KPD. trägt den Todeskeim in sich, sie ist vergiftet durch Reformismus und Opportunismus, aber dieses Gift wirkt viel verheerender als sonst, weil die Giftmischer einstige Revolutionäre sind, und auf das Vertrauen im Proletariat bauend, dieses konterrevolutionäre Gift als revolutionären Wein anpreisen. Sie wird daran zugrunde gehen, und im Verrecken noch dem revolutionären Proletariat einen ungeheuren moralischen Schlag versetzen, der Konterrevolution ideologisch vorübergehend neue Kraft zuführen. Die KAPD. und AAU. müssen und werden alle Kräfte aufbieten, um dem Proletariat die natürlichen Todesursachen dieses künstlichen Gebildes klar zu machen, daß auch dieser — hoffentlich letzte Versuch — der revolutionären Phrase zum Triumph zu verhelfen nur glücken konnte, weil das Proletariat noch nicht durch den Phrasennebel blicken konnte. Die Stunde, für die Vorhut der proletarischen Revolution, der KAPD. wird um so früher kommen, je früher es uns gelingt, alle Fragen des proletarischen Klassenkampfes vor dem gesamten Proletariat aufzurollen, es auf die kommenden kapitalistischen Verwicklungen vorzubereiten und die revolutionären Proletarier in der KPD. zu überzeugen, daß es für sie nur eine Parole geben kann:

Das Schiff fängt an zu sinken! Rette sich, wer kann!

Rundschau

Fünfzehn öffentliche Versammlungen der KAPD.

In der Woche vom 4. bis 9. Juni hatte die KAPD. in Groß-Berlin und Umgebung fünfzehn öffentliche Versammlungen einberufen, die sämtlich gut besucht waren. Das Thema: „Wirtschaftskatastrophe, parlamentarische Parteien und Arbeiterklasse", das zur Tagesordnung stand, mochte wohl dazu beigetragen haben, daß auch die KPD.-Genossen in größerer Zahl unsere Versammlungen besuchten. Den Inhalt der Referate haben wir in gedrängter Form bereits in den letzten Nummern der „Kaz." wiedergegeben. („Die Auflösung Deutschlands.") Die Haltung der KPD., ihre Politik in bezug auf die Bewegung im Ruhrgebiet als auch ihre Taktik des großen Schweigens, um die Regierung nicht zu kompromittieren, setzte denn doch die Proletarier, die noch nicht ganz der KPD.-Hurra-Stimmung verfallen waren, etwas in Erstaunen. Eine Verteidigung dieser Dinge überließ man jedoch auch hier wieder den „kleinen Kanonen", von denen einer in Zehdenick den Vogel dadurch abschoß, daß er erklärte: Man möge sich doch nicht so naiv stellen, daß jede Zeitung lügt, müßten auch die Genossen der KAPD. wissen." Daß dem Proletarier schon gar nicht mehr zum Bewußtsein kam, daß er ein Opfer der Jesuitentaktik der KPD. geworden ist, und noch glaubt, im Interesse der Revolution die (was nicht anzunehmen ist) Lügen der „Roten Fahne" zu verteidigen, zeigt schon zur Genüge, die moralisch verheerende Wirkung dieser Partei. Ein weiterer Diskussionsredner gab unverhohlen und öffentlich seiner Freude Ausdruck, daß — nach seiner Meinung — die Proletarier uns doch nicht verstehen, unsere grundsätzliche Propaganda also falsch sei. Ihm wurde jedoch von der Versammlung zu verstehen gegeben, daß sie ihn deswegen, weil sie ihn verstanden hätte, bittet, seine Weisheiten für sich zu behalten. Ganz charakteristisch ist, daß sich niemals ein SPD.-Arbeiter findet, der den Ausreißer für die Gewerkschaften machen will, während die KPD.-Redner natürlich den Widerspruch zwischen ihrer Gewerkschaftsfreundlichkeit und den Massenausschlüssen nicht zu erklären vermögen, und dies trotzdem sie nur SPD.-Politik treiben. Der rege Besuch unserer Versammlungen von allen Arbeiterkategorien beweist uns, daß, wenn auch der organisatorische Erfolg nicht auf dem Fuße folgt — weil der Schritt von den Gewerkschaften zu uns eine Tat an sich bedeutet — daß die Proletarier sich doch immer mehr mit den Fragen des proletarischen Klassenkampfes beschäftigen. In der entscheidenden Stunde wird sich der Erfolg zeigen, und sich herausstellen, daß unsere Arbeit sich lohnt, daß man die KAPD. nicht totzuschweigen vermag, hat sich bereits erwiesen. Es war der einzig mögliche Versuch, uns zu hemmen. In dem Moment jedoch, wo das Proletariat selbst zu uns kommt, bedeutet die Totschweigetaktik der Verteidiger der Gewerkschaften das Eingeständnis der Schwäche. Die letzten Versammlungen jedoch zeigten, das schweigen von seiten der KPD. auf ihre Politik des „Schweigens" immer noch besser ist, als der Versuch einer Auseinandersetzung, die stets mit dem völligen Bankrott ihrerseits enden muß.

Warum Hundertschaften?

Anläßlich der Teuerungskrawalle in Dresden schreibt die **sozialdemokratische Chemnitzer „Volksstimme"** über die Bedeutung der proletarischen Hundertschaften folgendes:

„In Dresden sind es gerade die vielverleumdeten proletarischen Hundertschaften gewesen, denen es gelungen ist, **die Demonstranten vor dem Polizeipräsidium zum Abzug zu bewegen.** Die sehr heikle Situation ist in Dresden nur durch diese Organisation gerettet und schlimmes Blutvergießen verhindert worden. **Ein einwandfreier Beweis für den Wert und die Bedeutung des proletarischen Selbstschutzes kann wohl kaum erbracht werden."**

Diese Bedeutung der proletarischen Hundertschaften hat der **Landesausschuß der Betriebsräte schon seit längerer Zeit erkannt. Aus diesem Grunde** hat er nochmals in seiner Sitzung vom 13. Mai alle Landes- und Reichsausschußmitglieder der Betriebsräte verpflichtet, daß sie sich mit allem Nachdruck für die Bildung gemeinsamer proletarischer Hundertschaften einsetzen müssen.

Betriebsräte von ganz Deutschland! Jeden Augenblick könnt ihr vor derselben Situation stehen wie eure Kollegen in Rheinland-Westfalen und in Dresden. Jeden Moment besteht die Gefahr, daß eure Arbeitskollegen von der Reaktion provoziert und niederkartätscht werden.

„Deshalb nützt jede Minute aus und bildet proletarische Hundertschaften!" (Sozialistische Republik vom 9. Juni.)

Wir wissen noch ein besseres Mittel, „Blutvergießen" zu vermeiden: Das ist, die Proletarier verrecken in ihren Löchern und gehen erst gar nicht heraus. Denn Revolution könnte evtl. Blut kosten. Dann erst, wenn die Proletarier sich den revolutionären Kampf vollständig aus dem Kopf geschlagen haben, werden die KPD. und ihre Betriebsräte beruhigt sein. Aber solange diese Gefahr nicht gebannt ist, gibt es für die Konterrevolution natürlich nichts besseres, als die Hundertschaften der KPD.

Ein Brief an die „KAZ"

Man schreibt uns: Werte Genossen! Im Namen von noch zwei Genossen der kommunistischen Studentenfraktion, begrüße ich die tapfere und rücksichtslose Sprache der „KAZ." Mit Freude greifen wir regelrecht zu Ihrem Blatt und schließen uns fast ausnahmslos den Ausführungen in demselben über die eigenartig revolutionäre Politik der „Roten Fahne" an. Wir haben beschämt die versteckten Drohungen der Fahne gegenüber der Regierung — R. F. 27. Mai d. J. — gelesen und können uns eigentlich nach dem völligen Versagen der Opposition nicht mehr wundern. Tieftraurig, daß eine mit so großen Hoffnungen berechtigte Partei, wie es die KPD. war, so jämmerlich scheitert. Doch darüber hinweg; arbeiten Sie, wie wir, in Ihrem Sine arbeiten werden, so weiter — und die Sturmflut der Revolution wird über diese Verräter des Proletariats hinweggehen. (Folgt Unterschrift.)

Der weiße Terror in Rußland

Von der Auslandsdelegation der linken S. R. erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung: An alle Werktätigen! Ende Mai sind zum viertenmal M. Spiridonowa und A. Ismailowitsch, verhaftet worden, die im Laufe von zwei Jahren aus Rücksicht auf Spiridonowa's Krankheit unter dem Regim eines „Hausarrestes" leben durften. Der Ort ihres Aufenthaltes wird geheim gehalten. Unseren Informationen zu Folge, steht ihnen die Verbannung nach Sibirien bevor, die für sie das Todesurteil bedeutet. So hat die bolschewistische Regierung auf unsere vielseitigen Forderungen Spiridonowa die Ausreise nach dem Auslande zu bewilligen, geantwortet.

Gleichzeitig ist in Moskau I. Maioroff wieder verhaftet worden, der erst vor einigen Monaten aus dem Gefängnis befreit wurde, in dem er drei Jahre unter der Anklage der Beteiligung am Attentat auf Mirbach schmachten mußte. Sowohl er als auch W. Trutowski, der wegen derselben Angelegenheit drei Jahre im Gefängnis gehalten wurde und, weil man ihn nicht befreien wollte, vor einigen Wochen einen Selbstmordversuch gemacht hat, sind nach Prschewalsk, das am Tibet grenzt (eine Malaria-Gegend, 600 Km. von der Eisenbahn) verbannt worden.

Zu gleicher Zeit hat die Petrograder Tscheka 12 linken S. R. zur Verbannung in die entlegendsten Orte Rußlands bestimmt. Sie haben einen Hungerstreik erklärt und dabei in Aussicht gestellt, daß nach drei Tagen sie alle nach der Entscheidung des Loses nacheinander durch Selbstmord ihrem Leben ein Ende machen werden. Die Tscheka hat daraufhin ihrer Minimalforderung — sie nicht zu zerstreuen — nachgegeben und beschlossen, sie alle zusammen nach dem Peretominski Konzentrations-Lager, daß am Weißen Meer liegt, zu verbannen. Da die Genossen der Tscheka nicht über den Weg trauen, haben sie erklärt, daß, wenn man sie im Wege auseinderbringt, sie das Mittel des Selbstmordes doch ergreifen werden.

Wir wenden uns daher an alle Werktätigen und ihre Organisationen mit der dringenden Bitte, das Leben und die Freiheit unserer Genossen unter ihren Schutz zu nehmen und die Ausreise für Spiridonowa nach dem Auslande mit allen Mitteln zu erkämpfen. — Delegation der Partei der linken S. R. und der S. R. Maximalisten.

Wir geben dieser Zuschrift Raum, trotzdem ein Appell an „alle Werktätigen und ihre Organisationen", wie z. B. die Sozialdemokraten, Gewerkschaften und natürlich auch die KPD. für revolutionäre Proletarier ernsthaft keinen Finger rühren, dieselben in der demokratischen Republik zum Teil dasselbe Schicksal teilen, wie die oben benannten Revolutionäre. Aus diesem Grunde ist die menschewistische Aufregung über den russischen Terror nur elende Heuchelei, und ein Mittel, den Kommunismus zu diskreditieren resp. den weißen Terror in Rußland als „Diktatur des Proletariats" oder als Programm des revolutionären Proletariats hinzustellen. In Wirklichkeit ist die russische Regierung längst in die Aera Noske eingetreten und ihre Diktatur ist die Diktatur konterrevolutionärer Platzhalter des Kapitals über das revolutionäre Proletariat, daß mit den grausamsten Methoden gefoltert und gepeinigt wird, während die „roten" Strategen die konterrevolutionäre Generalität und Großbourgeoisie als Grundlage ihrer Macht haben und mit den Diplomaten und Industriekönigen der ganzen Welt Trinksprüche austauschen. — Solange bis die siegreiche proletarische Revolution, vor allen Dingen des deutschen Proletariats, den Kapitalismus stürzt, und ganze Arbeit macht.

Oesterreich

Als staatlicher Begriff hat Oesterreich aufgehört zu existieren. Trotzdem wird dem „Staat" natürlich „geholfen", und zwar durch eine internationale „Anleihe". Wie die Zeichnung dieser Anleihen erfolgen und garantiert werden soll, davon gibt die „Voss. Zeitung" ein Bild, daß so ungeschminkt ist, daß es ohne Kommentar wiedergegeben werden kann:

„Die Gruppe **Morgan** (Amerika) legt gemeinsam mit einem amerikanischen Syndikat drüben 25 Millionen Dollar, also rund 125 Millionen Goldkronen auf. Auf allen größeren europäischen Plätzen werden **ähnliche Syndikate der ersten Firmen** gebildet, die oberste Leitung der ganzen Emission liegt bei der **Bank von England**, die auch den Prospekt auf die Schatzscheine unterzeichnet hat.

Der Versuch, der mit dieser Anleihe unternommen wird, ist politisch und finanziell ohne Beispiel. Nach den Genfer Protokollen soll Deutschösterreich eine Anleihe von 650 Millionen Goldkronen netto erhalten. Der aufzulegende Betrag **erhöht sich um Kursverlust und Emissionsspesen.** Nimmt man diese mit rund zehn Prozent an, so müßten nominale 700 Millionen Goldkronen aufgelegt werden. Davon dürfte der weitaus größere Teil jetzt zur Zeichnung gelangen. Die Anleihe ist bekanntlich in doppeltem Sinne garantiert. Für ihren Dienst **haften** einerseits die österreichischen **Zoll- und Tabakeinnahmen**, andererseits die Garantie der Signatarstaaten der Genfer Protokolle. An dieser Garantie nehmen teil: **England, Frankreich und die Tschechoslowakei** mit je 22,67 Prozent, **Italien** mit 16 Prozent, **Spanien** mit 5 Prozent, **Belgien** und **Schweden** mit je 2 Prozent, **Dänemark** und **Holland** mit je 1 Prozent. Das macht zusammen 95 Prozent (wobei übrigens die spanische Quote noch nicht parlamentarisch genehmigt ist). Die **Schweiz** hat sich außerdem bereit erklärt, 20 Millionen Goldfranken aus Staatsmitteln beizutragen, da sie — mit eindeutiger Kritik an der politischen Seite der Genfer Protokolle — deren Unterzeichnung abgelehnt hat.

Die Verwirklichung der österreichischen Pfandgarantie ist hat, ohne sich der Hilfsaktion für Deutschösterreich zu entziehen.

dadurch gewährleistet, **daß die Zoll- und Tabakeinnahmen fortlaufend dem Generalkommissar abgeführt werden müssen,** der davon der Finanzierung nur **den** Betrag freigibt, **der nicht für den Anleihedienst** erforderlich ist. Die Garantie der Garantiemächte wird in der Form verwirklicht, daß diese durch einen Treuhänder des Völkerbunds aus drei Personen bei der Schweizer Nationalbank Kollateralbonds hinterlegen, welche genau auf die Summe und auf die Währung der einzelnen Anleiheabschnitte lauten, so daß alle Abschnitte in gleicher Weise von allen Signatarstaaten garantiert sind, insbesondere auch die österreichische Tranche selbst. Da vorläufig erst (ohne Spanien) eine 90prozentige Garantie vorhanden ist, wird die Anleihesumme so gekürzt, daß sie hundertprozentig garantiert ist. In der Regel werden die einzelnen Tranchen in den verschiedenen Emissionsländern (Ausgabe) auf ihre Währungen lauten. Diese Kollateralbonds sind mit derselben Anzahl von Kupons und mit denselben Fälligkeiten ausgestattet, wie die Anleihe selbst und können verwertet werden, wenn die österreichische Regierung **15 Tage mit dem Dienst in Rückstand gerät.** Dabei ist ausdrücklich vorgesehen, **daß Kapital und Zinsen auch in Kriegszeiten gezahlt werden müssen,** sowohl wenn Oesterreich mit einem Gläubiger- oder Garantiestaat, als auch wenn diese untereinander in Krieg geraten. Ebenso wird jede Beschlagnahme und Sequestration im Kriegsfall ausgeschlossen — ein überaus bemerkenswertes völkerrechtliches Novum, das seine Entstehung den Erfahrungen des Weltkrieges verdankt."

Diese Hilfe resultiert natürlich aus sehr realen Gründen. Die internationalen Wölfe bewachen sich gegenseitig eifersüchtig, und jeder will verhüten, daß ein nennenswerter Gebietszuwachs für den Konkurrenten entsteht eben durch die Auflösung und durch den Zerfall des österreichischen Staatsapparates. So ist der Kampf um die Beute ein Kampf auf den Börsenplätzen. Jeder will sich in den Besitz der Mehrzahl der Aktien bringen, um bei der unvermeidlichen Liquidierung dieses Unternehmens als Hauptgläubiger auftreten zu können. Wie die Blätter vom 12. Juni melden, teilt die Firma Morgan mit, daß die von ihr angebotenen 25 Millionen Dollars 6prozentige österreichische Obligationen zum Kurse von 90 Prozent **in einer Viertelstunde gezeichnet waren!** Das österreichische Proletariat ist in Wirklichkeit schon herabgesunken zum internationalen Ausbeutungsobjekte, und seine Gewerkschaften und Sozialdemokraten sind weiter nichts, wie die Sklaventreiber des internationalen Kapitals, die ihnen den letzten Blutstropfen aus Mark und Knochen saugen. Der Lohn der österreichischen Proletarier ist auf 1/5, der der Staatsbeamten auf durchschnittlich auf 1/6 gesunken. Eine ungeheure Arbeitslosigkeit war außerdem die Folge der „Stabilisierung" der Krone, und der Staat ist aller Mittel entblößt, auch nur das geringste unternehmen zu können. Trocken Brot und bitterer Tee ist das Los derer, die noch in den „Genuß" der Erwerbslosenunterstützung kommen. So bleibt kein anderer Weg, als daß das internationale Kapital durch seine rücksichtslose und brutale Niederreißung der internationalen Schranken, die Lüge vom „Vaterland" aus den Köpfen reißt, um dem Proletariat zu demonstrieren, daß nur der internationale revolutionäre Klassenkampf, der Sturz des Kapitals ein Ausweg ist.

Mitteilungen

Die Berl. Zentrale (Bezirksführer) beschloß den Parteibeitrag für die 2. Juni-Hälfte auf 3000 bzw. 1500 Mark festzusetzen. — Die betreffenden Marken haben die Zeitungsobleute erhalten. Am Montag, den 18. Juni, pünktlich 7 Uhr, Sitzung der Erweiterten Zentrale (Referenten, Diskussionsredner, Bezirksführer, Arbeitsausschüsse, Haupt-Ausschüsse). Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Groß-Hamburg.

Nächste Versammlungen:

Bezirk Barmbeck: An folgenden Dienstagen, abends 8 Uhr, Lokal Wittkopp, Wohlsdorfer Str. 33: 19. Juni, 3. Juli.

Bezirk Hammerbrok: An folgenden Donnerstagen, abends 8 Uhr, Lokal Wendelhalle, Wendenstraße 72: 28. Juni.

Literatur und Kaz. stets zu haben: Gustav Langfeldt, Barmbeck, Käthnerort 54 I.

Altona. Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP. und Allgem. Arb.-Union bei Behrens, Konradstr. 9.

Pressefonds

Von Thulke, Berlin 2000; von Schmidt 1000; von R., Grünau 10 000 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Lierz, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: W. Iltisch, Berlin O 17

4. Jahrg. Nr. 46

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 450 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Strassenhandel, bei allen Postanstalten und durch den Verlag der K. A. P. D., Berlin NO. 18, Landsberger Strasse 6.

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6. Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 40029.

Abonnementspreis für die zweite Juni-Hälfte 2950 Mk. Einzel-Exemplare zweite Juni-Hälfte, durch die Post innerhalb Deutschlands und Oesterreich 2500 Mark. Nach dem übrigen Ausland 7500 Mark monatlich.

Die Entscheidung

Die deutsche Mark wird an ausländischen Börsenplätzen bald nicht mehr notiert werden. Sie ist wertlos. Die noch im Ausland befindlichen Beträge werden verwendet zum Ankauf deutscher Effekten und fließen als Gegenwart für Industrieanteile nach Deutschland zurück. Die deutsche Industrie häuft den letzten Rest von Devisen auf, um auf alle Fälle gesichert zu sein. Eine riesige Kapitalflucht nach dem Ausland hat eingesetzt. Das deutsche Kapital versucht Markbeträge möglichst abzustoßen — infolge der „ungünstigen politischen Lage". Man ist sich vollkommen klar darüber, daß in allernächster Zeit der Bogen überspannt, und eine Entscheidung unumgänglich notwendig ist. Bis dahin markieren die deutschen Demokraten und Zeitungsschreiber den starken Mann, und erklären, daß der „passive Widerstand" auf keinen Fall aufgegeben werden darf. Man weiß natürlich sehr genau, daß das englische Kapital sich letzten Endes mit dem französischen auf die Kompromißformel einigen wird, daß von der Gesamtentente eben im Prinzip die Aufgabe derselben gefordert wird, und, wenn diese Entscheidung noch einige Zeit auf sich warten läßt, dieser von selbst in sich zusammenbrechen wird. Man will die Spanne nur noch ausnützen, um sich mit Gebrüll aus dem ganzen Unternehmen zurückzuziehen. Die Vorbereitungen auf den endgültigen Zusammenbruch sind so in der praktischen Auswirkung zu gleicher Zeit eine Untergrabung der selbstgepredigten Durchhalterei. Die Flucht aus der Mark von seiten des deutschen Kapitals stößt dieselbe immer weiter in den Abgrund, und die Folge davon — die ungeheure Teuerungswelle — ist eben die „ungünstige politische Lage", die das Proletariat zwingt, immer und immer wieder Sturm zu laufen, gegen die damit verbundene Kürzung seines Reallohnes. Für die so ins riesenhafte anschwellende Papiergeldflut wird so jede Grundlage genommen. Eine Einfuhr findet in immer beschränkterem Maße statt. Ganz gleich, wann das deutsche Proletariat einmal dem Ersticken nahe ist im deutschen Papiergeldberg und sich über den Rahmen von „Lohnforderungen" erheben wird: Die Geister haben sich bereits geschieden. Auf der einen Seite das deutsche Kapital, daß durch die Unterstützung der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften ungeheure Profite einheimste, und seine Werte hübsch in Sicherheit gebracht hat, resp. als ein von der Republik völlig unabhängiges Unternehmen dasteht, und die Dinge an sich herankommen läßt; auf der andern Seite die Republik mit ihren zirka 20 Billionen Schulden ihren Gewerkschaften und Arbeitern, die auf Kommando der Gewerkschaften dem Kapital wieder einmal die Kastanien aus dem Feuer geholt haben. Und das deutsche Kapital wird dann weiter sehen, mit wem sich weiterhin das beste Geschäft machen läßt. Vielleicht „rettet" es das Vaterland noch einmal, wer weiß?! Man wird schon eine Formel finden, die auf der einen Seite eine wirtschaftliche Verschmelzung mit der französischen Wirtschaft zuläßt, und dem Proletariat trotzdem die Einheit seiner vielgeliebten Republik vorgaukelt. Die Bedingungen sind ja durch das Angebot der Industrie bereits bekannt, und bringen den deutschen Proletariern zu gleicher Zeit den Inhalt der berüchtigten Rede des Herrn Stinnes wieder zum Bewußtsein. Der Preis für ein solches Kompromiß, das in Wirklichkeit kein Kompromiß darstellt, sondern den Gewerkschaften nur erlaubt, das Proletariat zu belügen, ist von seiten der Gewerkschaften die Niederschlagung des zur Verzweiflung getriebenen Proletariats.

Bei der Auseinderreißung der deutschen Republik steht für die Gewerkschaften viel auf dem Spiel. Ihr Ziel ist nicht diese Auseinanderreißung zu verhindern — sie wissen, daß dies nicht möglich ist, die Konzentration des Kapitals nicht nur national, sondern auch international im Zuge der geschichtlichen Entwicklung liegt. Ihr Ziel ist nur, dem Proletariat diese Tatsache zu verschleiern. Die offene Loslösung Rheinland-Westfalens würde die Quittung für den völligen Bankrott der Gewerkschaftspolitik in dieser letzten Phase der kapitalistischen Entwicklung bedeuten, und darüber hinaus dem Proletariat beweisen, daß jede nationale Einstellung nicht nur konterrevolutionär, sondern obendrein eine reaktionäre Utopie ist. Was die Gewerkschaften verlangen und wofür sie sich dem Kapital gefügig zeigen, ist, den Schein der nationalen Einheit zu wahren, um ihn als Erfolg ihrer Politik auszuposaunen. Das deutsche Kapital wird, weil es die fernere Unterstützung der Gewerkschaften nicht entbehren kann, ihnen diesen „Ruhm" gönnen, um so mehr, weil die Hiebe auf dem Rücken der deutschen Arbeiterklasse infolge der sich ständig verschärfenden Krise in Zukunft viel dichter niedersausen werden, Ausbeutung und Arbeitslosigkeit ganz andere Dimensionen annehmen werden, als bisher. Man kann die durch den Ruhrkrieg geschaffene Lage für das Proletariat nicht anders bezeichnen, als mit einer Drosselung des deutschen Proletariats. Die Industrie wird bis zu einem großen Teil zum Erliegen kommen, und die Finanzkatastrophe und völlige Entwertung des Geldes nehmen den breiten Massen jegliche Kaufkraft. Der Kredit der demokratischen Republik ist erschöpft, und das Kapital produziert und liefert nur gegen klingende Münze. Alle wirtschaftlichen Streiks werden zur Sinnlosigkeit, weil ihnen mit der fortschreitenden Geldentwertung auch das bis jetzt scheinbar innegehabte Ziel genommen ist. Das Proletariat steht in einer Lage, wo es sich entscheiden muß darüber, ob es sich durch die revolutionäre Erhebung selbst der Produktion und der Staatsgewalt bemächtigen muß, oder den durch die sich verteilende Krise aufgerissenen Abgrund wieder füllen will, mit zehntausenden seiner Klasse.

Doch schon taucht wieder eine neue Illusion auf, die Forderung nach „Goldlöhnen": Die KPD. hat diese Forderung noch vor ganz kurzer Zeit als eine Utopie gebrandmarkt, aber jetzt, wo das Proletariat seine bisherigen Illusionen in Fetzen sieht, und einer neuen nachjagt, darf natürlich die KPD. nicht fehlen. Hauptsächlich die famose „Union der Hand- und Kopfarbeiter", dieser Schuttabladeplatz für hinausgeworfene Gewerkschaftsbonzen, hat diese Forderung zu seinem Steckenpferd erkoren, was selbst der „Fahne" nicht ganz angenehm ist. Vielleicht will diese „Hand und Kopf" damit beweisen, daß der neue Name „revolutionäre Gewerkschaft" durch diese „revolutionäre" Forderung gerechtfertigt wäre. Dem ist in der Tat so. Diese

Aus dem gelben Sumpf

Gewerkschaften und Kapital belohnen Streikbruch und Denunziation

Im Ruhrgebiet hat das Proletariat vor kurzem erst wieder erfahren müssen, daß der Kapitalismus in diesem Kriege rücksichtslos sein Profitinteresse verficht, selbst um den Preis von Hunderttausenden, die dadurch dem Hungertod ausgeliefert werden. In Oberschlesien gehen die Wogen hoch. In kurzer Zeit wird das gesamte Proletariat wieder aufgepeitscht werden, und, vom Untergang bedroht, seinem Klassenfeind Auge in Auge gegenüberstehen. Welche Rolle die Gewerkschaften spielen — spielen müssen — ist zur Genüge bekannt. Wie weit diese verfaulenden und vom Kapital bestochenen Gebilde und deren Nutznießer jedoch schon gekommen sind, dürfte aus folgendem Dokument hervorgehen, daß die Gewerkschaften nach dem Streik im Ruhrgebiet mit Hilfe der Unternehmer **jeden** Arbeiter zur Unterschrift vorlegen:

Richtlinien über die Auszahlung der Arbeitsverhinderungs-Entschädigung.

1. Die Unterstützung wird gezahlt vom 17. bis 31. Mai einschließlich, soweit nicht Krankheit oder Urlaub vorlag.
2. **Von der Entschädigung sind ausgeschlossen:**
   a) **Solche Arbeitnehmer, die durch Worte oder Handlungen an der Ausschreitung des Streiks sich beteiligt haben.**
   b) Alle diejenigen Arbeitnehmer, die freiwillig die Arbeit verlassen haben. (Sympathiestreik.)
   c) **Die Mitglieder solcher Organisationen, die auf die Ausbreitung des Streiks hingewirkt haben.**
3. Die Entschädigung beträgt:

Für verheiratete Arbeiter	10 000 M. pro Arb.-Tag.
für ledige Arbeiter über 20 J.	8 000 M. pro Arb.-Tag.
für Arbeiter von 18 bis 20 Jahren	6 000 M. pro Arb.-Tag.
für Arbeiter von 16 bis 18 Jahren	3 000 M. pro Arb.-Tag.
für Arbeiterinnen über 20 J.	6 000 M. pro Arb.-Tag.
für Arbeiterinnen von 18 bis 20 J.	4 000 M. pro Arb.-Tag.
für Arbeiterinnen von 16 bis 18 J.	2 000 M. pro Arb.-Tag.

4. Ein Rechtsanspruch auf die Entschädigung besteht nicht. Beschwerdefälle werden durch örtliche Ausschüsse entschieden, die aus je einem Vertreter der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften bestehen.
5. **Die Auszahlungen erfolgen durch die freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften** und zwar **nach Vorlegung einer Bescheinigung über die Dauer der Arbeitsverhinderung, die der Arbeitgeber ausstellt.**

Erläuterungen zu den Richtlinien.

Zu 1: Eine zeitliche Begrenzung für die Unterstützung mußte vorgenommen werden. Der Beginn des Streiks war am 16. Mai auf der Zeche Kaiserstuhl bei Dortmund. An diesem Tage kann natürlich von einer Arbeitsverhinderung keine Rede sein. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter hat am 30. Mai offiziell den Streik abgebrochen, und wenn doch welche noch das Vergnügen hatten, am 1. Juni zu streiken, dann können natürlich diese nicht in die Unterstützung einbezogen werden.

Zu 2: Aus der Fassung des Absatzes geht hervor, daß die Unorganisierten zwar nicht ganz ausscheiden, aber die freien Gewerkschaften immerhin die Entscheidung in der Hand haben, ob jene etwas bekommen sollen.

Zu 4: Die örtlichen Ausschüsse sind so gedacht, **daß je ein Bevollmächtigter der drei Organisationen darin vertreten ist** und im Falle, **daß die Arbeitgeber mitwirken** würden, bei der Ausstellung der Bescheinigung sich diese Kommissionen auch übertragen auf die einzelnen Betriebe in derselben Zusammensetzung.

Das Quittungsformular, das in Absatz 5 erwähnt wurde, soll auf der Vorderseite die Bescheinigung des Arbeitgebers bringen, wieviel der betreffende Unterstützungsempfänger an Verlust an Arbeitstagen hat. Auf der Rückseite soll folgende Erklärung abgegeben werden:

Erklärung.

Der Unterzeichnete erklärt hiermit ausdrücklich:

1. **Die Arbeit unter dem Druck von Bedrohungen eingestellt zu haben.**
2. **An der Ausbreitung des Streiks weder durch Worte noch durch Handlungen mitgewirkt zu haben.**
3. **Nicht Mitglied einer Organisation zu sein, die an der Ausbreitung des Streiks beteiligt war.**

Er bescheinigt unter dieser Voraussetzung den Empfang einer Unterstützung für . . . . Arbeitstage in Summa . . . . M.

Diese Bescheinigungen werden **durch die Verwaltung ausgegeben** und für Kontrolle derselben doppelte Listen angefertigt, die mit den Quittungsformularen übereinstimmen müssen.

Diese holde Eintracht von Kapitalisten, gelben, christlichen und „freien" Gewerkschaften besagt mehr, als jeder Kommentar. Diese Schamlosigkeit ist nicht nur ein Appell an alle Elemente, um ein paar Silberlinge ihre eigenen Klassengenossen zu verraten; jeder, der nicht unterschreibt, zählt ja bereits zu denen, die für die Gewerkschaften reif sind, dem Hungertod ausgeliefert zu werden. Eine solche „Tat" wird jeder in der Geschichte des gelben Sumpfes vor dem Kriege vergebens suchen. Das Proletariat jedoch, daß bis jetzt mit seinen Groschen jene Kreaturen mästet, die an Schurkerei und Gemeinheit alles übertreffen, wird sich nicht wundern dürfen, wenn es bei der jetzt hereinbrechenden Katastrophe elend und rücksichtslos niedergemacht wird. Eine Arbeiterklasse, die aus diesen Tatsachen nicht die Lehre zieht, wird stets hilflos denen ausgeliefert sein, deren Existenz nur noch durch den Appell an das Lumpenproletariat und mit Hilfe desselben gesichert, und durch die industrielle Konterrevolution ausgehalten werden. Die „Rote Fahne" vom Dienstag, den 13. Juni, bricht darob in ungeheure Entrüstung aus, und überbietet an Beschimpfungen ihrer Freunde alles bisher dagewesene — um den Proletariern beschwörend zuzurufen, ja nicht diesen Pestherd zu verlassen, sondern an Stelle dieser Schurken andere zu setzen. Wir müssen es den Arbeitern überlassen, sich zu entscheiden, und wollen die obigen Tatsachen nicht abschwächen. Nur so viel ist sicher: Solange im Proletariat nicht diese moralische Wiedergeburt vor sich geht, daß es sich mit Abscheu abwendet von diesem Klassenverrat und diese Organisationen von Grund auf zerschlägt, sich in den Betrieben organisiert um selbst, durch sich selbst den Klassenkampf gegen die versinkende kapitalistische Gesellschaftsordnung durchzuführen, bis zum siegreichen Ende, so lange wird es ohnmächtig, und zum Totengräber seiner eigenen Klassengenossen verurteilt sein. Und darum gibt es nur eine Alternative: Klassenkampf oder Klassenverrat, Zertrümmerung der Gewerkschaften und Kampf um die Macht oder Ohnmacht in Permanenz. Wie viele Tausende noch den Hyänen des Schlachtfeldes zum Opfer fallen werden, wird davon abhängen, wann das Proletariat endlich begreifen wird, daß das Werk der Befreiung des Proletariats nur sein eigenes Werk sein kann.

Forderung ist genau so revolutionär, wie diese „Hand und Kopf".

Man sollte nämlich mittlerweile wissen, daß die Währung eines Landes nur der äußere Ausdruck seiner wirtschaftlichen Lage ist. Man sollte ferner wissen, daß eine einheitliche Währung ein einheitliches Wirtschaftsgebiet voraussetzt. Daß heute in Deutschland die Mark den Arbeitern, die Devisen dem Kapital gehören, ist der Beweis, daß diese Republik hoffnungslos bankrott ist, und daß auf diesen Renner von Republik in der ganzen Welt kein Mensch auch nur einen Kupferpfennig setzt. Aus diesem republikanischen Plunder erhebt sich nun das Kapital in neuer Form. Es ist organisiert in Trusten und Monopolen national und international, und dieser Prozeß der Konzentration des Kapitals über die Grenzen hinweg schafft sich für seine Produktion ein wertbeständiges Zahlungsmittel. Wir haben es hier also mit zwei Dingen zu tun: Einmal mit den gewerkschaftlich durchseuchten demokratischen Zuchthäusern, die nur noch die Hülle darstellen, aus dem die Raupe Kapital längst ausgeschlüpft ist, und zum zweiten mit dem kapitalistisch organisierten und in sich zusammengeschlossenen Produktionsprozeß. Von wem will man nun eigentlich diese „Goldlöhne" verlangen. Von der Republik wäre ungefähr dasselbe, als von der „Hand und Kopf" einen einzigen Satz, der keinen Unsinn enthält. Also vom Kapital selbst. Nun kann man natürlich, man mag sich noch so dumm stellen, verlangen, daß das Kapital der „Hand und Kopf" zuliebe seinen eigenen Bankrott erklärt. Denn die ungeheuren Schulden, die in der Welt vorhanden sind, kann man nicht einfach weghexen. Das internationale Kapital verlangt von den Gläubigern die Zahlung dieser Schulden, weil jedes Land am Rande des Bankrotts steht, wenn die Zahlungen ausbleiben. Eine Bezahlung von Schulden heißt neben der Deckung des Inlandsbedarfs nach den Schuldendienst für die Reparationen und selbstverständlich die Reparationszahlungen **durch verschärfte Ausbeutung herauszuschinden.** Aus dieser notwendig gewordenen Verschärfung der Ausbeutung resultiert für das Kapital der Zwang, den Reallohn fortwährend zu kürzen. Und wer diese Reparationen bezahlen will, muß die fortgesetzt sich verschärfende Ausbeutung des Proletariats wollen. Die Unmöglichkeit, das Reparationsproblem zu lösen, ist gerade wieder durch den Ruhrkrieg bewiesen. Die durch diesen Ruhrkrieg von neuem entstandenen Kosten fallen wiederum auf das Reparationskonto. Da die auf die Spitze getriebene Auspowerung jedoch zu gleicher Zeit die Kaufkraft ganzer Völker untergräbt, ist die Folge davon das große Sterben. Denn das über dem Chaos sich erhebende Kapital kann nur seine Schornsteine rauchen lassen, wenn der Profit blüht. Der Profit blüht jedoch nur, wenn einerseits durch die Monopolisierung aller Rohstoffe und Gebrauchsgegenstände die gegenseitige Konkurrenz ausgeschaltet wird, und anderseits ein wertbeständiges Zahlungsmittel existiert. Und wer den kapitalistischen Wiederaufbau will, und gerade wie die KPD. und die „Hand und Kopf" in dieser Krise mit allen Mitteln den deutschen Kapitalismus unterstützt, der muß schon, wohl oder übel, den Untergang des Proletariats wollen. Statt einer klaren Entscheidung reden jene Kleinbürger nun dem Proletariat vor, das Kapital kann auf seinen Profit verzichten, und dem Proletariat, das als Käufer ausscheidet, die Alternative ersparen, daß es entweder den Kampf aufnimmt, oder zu Grunde geht. Und selbst wenn man eine einheitliche Wirtschaft Deutschlands voraussetzen wollte, so muß man dem Kapital hübsch seinen Profit lassen, um immer erneut Kapital akkumulieren zu können. Um die Produktionsbasis erweitern zu können. Wäre dies möglich, wäre neben den Reparationszahlungen eine Akkumulation des Kapitals möglich, so wäre der

Einladung zur

Bezirks-Konferenz Bln.-Brandenburg

der KAPD.

Sonntag, den 11. Juli d. Js., vormittags 9 Uhr in Berlin O, Boxhagener Str. 17, bei Koblenz.

Tagesordnung geht den Ortsgruppen schriftlich zu

heutige Zusammenbruch nicht da, und die „Hand und Fuß" wäre auch nicht auf den Gedanken der „Goldlöhne" gekommen. Zum Glück für die Menschheit, und zum Unglück aller reaktionären Kleinbürger ist dieser kapitalistische Aufbau nicht mehr möglich. Die Arbeiterklasse steht vor dem Abgrund und muß aus dieser Tatsache, daß die kapitalistische Profit- und Lohnordnung ihm das Grab bereitet, diejenigen, die nichts anderes zu tun haben, als das Proletariat vom revolutionären Kampf abzuhalten in das Grab hineinwerfen, das für das Proletariat aufgeworfen ist.

Mag die deutsche Arbeiterklasse sich noch sträuben vor der unerbittlichen Entscheidung: ein Ausweichen gibt es nicht. Nur der revolutionäre Kampf rettet ihr das Leben als Klasse; nur die siegreiche proletarische Revolution ihre Zukunft.

Rundschau

Aus der Kloake

Herr Arthur Zickler, „Schriftsteller" und Vorwärtsredakteur, ist aus der Redaktion des „Vorwärts" und der SPD. ausgetreten und Redakteur der DAZ. des Herrn Stinnes, und Mitglied der Deutschen Volkspartei geworden. Das ist nichts neues. Herr Zickler ist nicht der erste Vorwärts-Redakteur, der diese Karriere macht und wird nicht der letzte sein. Die „Klassenkampforganisationen" des deutschen Proletariats sind nicht nur die einzigen Stützen des Kapitals, sie liefern ihm auch seit Jahrzehnten die besten Theoretiker und Schriftsteller. Und die direkt zum Kapitalismus hinüberwechselnden „Arbeiterführer" sind nicht die charakterlosesten. Wieviel tausende dieser Burschen mag es wohl geben, die Lohn aus den Kassen der Arbeiterorganisationen und aus den Devisenkassenschränken der Industrie zugleich beziehen? Nur selten erfährt man das, wenn zwischen den scheidenden Brüdern eine Differenz entsteht. Einer, der es für die nächste Zeit nicht nötig haben wird, bei Stinnes einen Brotposten zu suchen, lüftet über Herrn Zicklers Erwerbsquellen ein ganz klein wenig den Schleier. Zickler ist nicht nur der „Dichter" des Machwerks: Viel hundert Tote in einer Reih, Proletarier . . . Er machte im Vorwärts auch gleichzeitig Gedichte gegen Stinnes, unter einem Pseudonym selbstverständlich. Gleichzeitig schrieb er in der DAZ. unter dem Pseudonym „Florian Geyer", Artikel über die Gerechtigkeit des Kapitalismus, über die Begehrlichkeit der Proletarier und auch gegen den Vorwärts. Gegen sich selbst also. Diese Artikel des Vorwärtsredakteurs Zickler waren die einzigen derStinnespresse gegen die Sozialdemokratie. Sie lieferten den Proletariern den „Beweis", daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften noch „Klassenkampforganisationen" seien, weil sie von der Stinnespresse angegriffen wurden. Für diejenigen Proletarier, die in den Sumpf nicht hineinzublicken vermögen, konnte die schwache Andeutung des „Vorwärts" (Nr. 270) immerhin ein Fingerzeig sein, den Glorienschein ihrer Herrn Führer als Kloakengase zu erkennen.

In Nr. 264/265 (Reichsausgabe) der DAZ. tanzt Herr „Florian Geyer" unter der Ueberschrift: „Die Stinnes-Legende" wieder seinen (in der DAZ.) gewohnten Kriegstanz gegen seine bisherige Brotgeberin, die seinem jetzigen Herren hie und da die Geschäfte erschwert:

„Sie schränkt sich ein, aber sie lebt doch weiter, und zwar davon, daß so vieles faul ist im Staate, in „ihrem" Staate. Da ist zum Glück noch der „Kapitalismus", der, wie alles Menschliche, denn auch sehr anfechtbar erscheint, doch hütet man sich, ihn zu beseitigen, weil man sich über die eigene Kraft, ihn durch etwas Besseres zu ersetzen, sehr gut im klaren ist. Er ist noch nicht „reif" zum Schlachten, es genügt vorläufig, ihn zu melken."

Da nun die vom Vorwärts ihm bisher gewährte Doppelexistenz fortfällt, bringt Herr Zickler in einem Lobeshymnus auf Stinnes hinterher gleich den Nachweis, daß er auch nach der Entlarvung der alte Zickler geblieben ist. In der „Stinnes-Legende" heißt es weiter:

„Die Einsichtigen wissen, daß unser Elend von draußen kommt. **Das führt natürlich und elementar zu nationaler Einstellung, die, da ihr das Schwert fehlt, den gordischen Knoten zu durchhauen, keine äußeren Ereignisse vollziehen kann; aber sie rettet unsere Seele und gibt uns Haltung.** Das genügt fürs erste, hinzu kommt der Trost, daß noch nicht alle Tage abend ist.

Nun kann man nicht gut verlangen, daß alle Deutschen einsichtig sind. Die Franzosen — freilich; aber man kann sie nicht prügeln. Man will auch seinen inneren Beelzebub haben, an dem man seine politische Force abreagieren kann. Da ist der Kapitalismus, der Nationalismus, der Militarismus — aber hau mal einer einen Ismus! **Das Volk braucht einen Teufel von Fleisch und Bein, einen, den man hauen und hassen kann, wie die Entente den Deutschen haut und haßt, einen der alles ausgefressen hat, so wie der Deutsche alles Unheil der Welt auf dem Kerbholz hat. — Der deutsche Beelzebub heißt Stinnes.** Wenn man den Karikaturenzeichnern glauben darf, weist schon sein Aeußeres unverkennbare diabolische Züge auf. **Beim Nennen seines Namens schlagen klassenbewußte Versammlungsbesucher und Abonnenten ein Kreuz.** Stinnes ist allgegenwärtig und überall dabei, nur bei nichts Gutem. Eine Unzahl Menschen tobt an der Börse herum — aber Schieber ist nur Stinnes. Einer neppt den andern in dieser gesegneten Wirtschaft — doch ausbeuten tut nur einer: Stinnes. Alle, alle setzen sie zu und arbeiten bis in die Nacht aus reiner Menschenliebe, nur Stinnes verdient — und leistet nichts."

Das alles könnte in etwas anderer Variation auch im Vorwärts und in der Gewerkschaftspresse stehen. Mit Recht sagt auch der Vorwärts in der angedeuteten Notiz: **Der Wechsel, den man als Gesinnungswechsel kaum bezeichnen kann,** ist mit jeher Plötzlichkeit erfolgt. (!) Man könnte höchstens noch hinzufügen, daß Herr Zickler „anständig" geworden ist, weil er künftig nicht mehr aus zwei scheinbar entgegengesetzten Parteien Geld nimmt. Der Vorwärts, der seine Pappenheimer kennt, meint allerdings, daß „bei der Eigenart Zicklers es nicht unmöglich ist, daß er hier oder dort auch noch als Sozialist aufzutauchen versucht". In der Tat, die Proletarier müssen aufpassen, wenn ihnen jemand sich als „Sozialist" gebärdet, kann man 100 gegen 1 wetten, er ist ein Zickler.

Wachhunde des Kapitals

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Wir haben schon wiederholt unwiderleglich bewiesen, daß die Maßnahmen der sozialdemokratischen Führer, die sie „Aktionen", die der Arbeiterklasse dienen, zu nennen belieben, durchaus konterrevolutionär sind. Nicht nur deshalb, weil sie die Masse abhalten, wirklich revolutionär zu handeln. Handelt es sich um Demonstrationsversammlungen oder Umzüge, um parlamentarischen Tamtam oder um sonstige „Aktionen", immer dienen sie dazu, der Oligarchie die Ungefährlichkeit des Proletariats zu demonstrieren. Wie kann die Bourgeoisie die friedlichen „Aktionen" der Massen als eine gegen sie gerichtete Maßnahme ansehen, wenn diesen durch die pazifistischen Harmonieduseleien und Ruhepredigten der sozialdemokratischen Schönredner die Spitze abgebrochen ist, wenn diese Waffe ihr das tausendste und abertausendste Mal in ihrer lächerlichen Ungefährlichkeit demonstriert wird?!

Doch abgesehen von diesen sozialdemokratischen „Aktionen", die selbst von dem bänglichen Spießbürger etwa wie der Mops angesehen werden, der den Mond anbellt, gibt es noch größere Hunde, die der Spießer fürchtet, die jedoch das Kapital nicht nur nicht fürchtet, sondern derer es geradezu bedarf zur Bewachung seiner heiligsten Güter. Diese großen Wachhunde werden gezüchtet durch die Führerparolen der KPD. Was anderes bedeutet beispielsweise die Parole der Arbeiterregierung, als eine Bewachung des Kapitals vor der Rätemacht? Nur eine flache Sophistik (Spitzfindigkeit) kann diese Frage anders deuten. Was kann anderes bedeuten die Parole der Kontrollausschüsse, als eine Bewachung des Großkapitals, wenn man die kampfgewillte Masse mittels Kontrollausschüssen vom Kapital ablenkt, um sie auf die kleinen Diebe zu lenken? Die großen Diebe laufen inzwischen. Will man etwa behaupten, die Kontrolle sei im kapitalistischen Staat möglich?! Was anderes bedeutet die Parole der proletarischen Hundertschaften, als Ablenkung durch Kleinkrieg (ohne Waffen) gegen Attribute des Kapitals, wo die Masse geschult werden muß gegen das Kapital selbst zu kämpfen. Nicht der Faszismus und dergleichen ist die Hauptgefahr, wie die KPD.-Führerschaft glauben zu machen sucht (es ist nur die letzte Waffe des kranken Kapitalismus) sondern die Gefahr ist diejenige Macht, die sich längst der Republik bemächtigt hat; der Republik, die durch alle, durch jede der parlamentarischen Parteien geschützt, bewacht wird.

Um ein leuchtendes Beispiel der Anwendung der proletarischen Hundertschaften und ihres konterrevolutionären Wirkens zu zeigen, sei auf die Rede eines in dem Falle doch gewiß unverdächtigen Kronzeugen, des Oberbürgermeisters Wedelstädt von Gelsenkirchen hingewiesen, die er im Auftrage der Regierung über die Unruhen dortselbst vor der Pressemeute hielt. Nachdem er besonders betont hatte, daß die Unruhen dortselbst in der Not der Arbeiterschaft ihre Ursache haben, stellte er fest, daß die faszistischen Selbstschutzler aus Angst vor der erregten Arbeiterschaft und den Besatzungstruppen (die bekanntlich beauftragt waren, nicht gegen die „Kommunisten" zu marschieren) sich verkrochen hatten. Als die erregte hungernde Masse die Absicht zeigte, über die Parolen der KPD. und SPD. hinaus, die in jedem Fall nichts als Maulkörbe bedeuten, den Kampf zu führen, griffen die proletarischen Hundertschaften, die (zugegeben oder nicht) KPD.-Hundertschaften sind, ein und verstanden es selbstverständlich auch die andern Fesseln, die sich Arbeiterorganisationen nennen (wie die SPD. usw.) zur Knebelung der Arbeiter zu gewinnen. Wie der Oberbürgermeister feststellen mußte, ist es dem „roten Ordnungsdienst vollauf gelungen, Plünderungen und weitere Kämpfe zu verhindern. Die KPD. hat es außerdem meisterhaft verstanden, jede erkenntniskritische Erfassung der durch die kapitalistische Entwicklung geschaffenen Lage aus den Köpfen der Proletarier auszurotten. Ihre ganze Propaganda in den voraufgegangenen Monaten war ein einziger Appell an die kleinbürgerliche Beschränktheit und dazu berechnet, den Arbeitern mit allen möglichen Speck-, Kohlen- und sonstigen Forderungen dem Proletariat die Erkenntnis von ihren ureigentsten Aufgaben in der sich verschärfenden Krise aus den Köpfen zu reißen. Jeder Proletarier jedoch, der diesen Betrug durchschaute und brandmarkte, verfiel dem Bannfluch als Provokateur, trotzdem die KPD. erst dadurch, daß sie alles tat, um das Proletariat mit Illusionen vollzupfropfen und es so zur Machtlosigkeit verurteilte, erst das Feld für Provokationen ebnete. Das Proletariat nahm die Parolen der KPD. in dieser Situation für bare Münze, und das Geschrei vom Wucher und „Kampf um ein Stück Brot" konnte von dieser Masse gar nicht anders gedeutet werden, als daß mit der Ausräumung der Läden ihre proletarische Pflicht erfüllt wäre. Daß die KPD. die Wirkungen ihrer eigenen Parolen sehr wohl begreift, bewies ja gerade der Eifer, mit der sie ihre Hundertschaften vor den begehrten Gütern postierte, und die Geister, die sie rief, mit Hilfe der Polizei niederschlug — eine wahrhaft traurige Rolle.

Zum Teil äußerte die Pressemeute ihr Erstaunen über die Macht der KPD., über ihre Anhänger und deren Ordnungsliebe. Dieser Teil waren die Vertreter der kleinbürgerlichen Presse, die auf das Wohl ihrer Leser bedacht sind.

Aber die Wachhunde von der Zaungattung haben sich verrechnet, wenn sie auf die Geneigtheit der Kleinbourgeois spekulierten. Wie nämlich der Oberbürgermeister weiter ausführte, sind die bürgerlichen Elemente jedoch keineswegs mit der Ordnung der Zaunköter zufrieden. Die Spießer wollen lieber den „Erbfeind" herrschen lassen, als die Kommunisten. Das ist eben auch Patriotismus, ob er verständlich ist oder nicht. Es geht dem Kleinbürger eben wie dem Großkapitalisten: wo und unter welchem Himmel ihr Hafer wächst, da ist eben das Vaterland. Ubi bene, ibi patria. Nur die Proletarier sollen vor lauter Entrüstung über die „nationale Schmach" nicht dazu kommen, zu begreifen, daß sie als Klasse eine historische Aufgabe zu erfüllen haben. — Sie werden es noch lernen, lernen müssen, die kleinen und großen Kläffer in ihre Hütten zu jagen.

Höllein — die Unschuld

EP. Paris, 13. Juni. Der Untersuchungsrichter Jousselin, der mit der Führung des Kommunistenprozesses betraut worden war, hat heute diesen Prozeß einfach **fallen gelassen. Die Anklage wird nur gegen diejenigen Kommunisten oder Anarchisten aufrechterhalten, die der Anreizung der Soldaten zum Ungehorsam angeklagt waren.** Auch die Klage gegen **Höllein** ist gleichfalls **fallen gelassen worden.**

Was die KPD. nicht hindern wird, Höllein weiter als revolutionäres Paradepferd umherzureiten, die III. Internationale nicht, diesen Höllein als „Ehrenvorsitzenden" zu ernennen, und uns nicht, dem Proletariat zu sagen, daß dies alles nur Theater ist. —

Aus dem „roten Sachsen"

In der „Roten Fahne" vom 15. kann man sich über den revolutionären Charakter der „proletarischen Hundertschaften" überzeugen. Das Urteil darüber ist durchaus von berufener Seite und zwar von dem sächsischen sozialdemokratischen Innenminister Liebmann der in seiner Regierungserklärung sagte:

„Die Bemerkung über die Abdankung der Staatsgewalt zugunsten der Hundertschaften **ist durchaus nicht am Platze.** Im alten Klassenstaat hat sich die organisierte Arbeiterschaft im Laufe der Zeit bei ihren Demonstrationen das Recht bei den Polizeiverwaltungen erworben, daß diese Demonstrationen **unter der Ordnung und der Garantie der betreffenden Parteileitungen vor sich gingen. Was damals möglich, sollte nach der Revolution nicht möglich sein?** Wenn es ihnen nicht paßt, so macht das nichts, es wird trotzdem möglich sein! Es ist keine Rede davon, daß die Polizei, die Staatsgewalt, in Dresden abgedankt hat. **Das Auftreten der Hundertschaften hat sich in Dresden als eine glückliche Maßnahme erwiesen, die scharfe Zusammenstöße vermieden hat.** (Sehr richtig links.) Der verhältnismäßige ruhige Verlauf der Demonstration in Dresden hat bei mir **den Wunsch ausgelöst, daß es in andern Städten auch so hätte gehen mögen.** (Sehr richtig, links.) Was in Dresden möglich gewesen ist, war nur möglich auf Grund der Tatsache, **daß die proletarischen Parteien zusammengewirkt haben."** —

Na also! Ist es nicht bedeutend besser, wenn die Proletarier sich selbst ihre Ordnungsbestien schaffen? Letzten Endes kommt es doch darauf an, daß Ordnung herrscht und die Garantie gegeben wird, daß nichts passiert. Und die proletarischen Hundertschaften haben bewiesen, daß sie ihrer Aufgabe vollauf gewachsen sind. **Fehlt nur noch Noske als Oberbefehlshaber!**

Der Wachtposten

(Skizze aus dem Verbanntengefängnis in Petersburg 1906. Aus dem Russischen.)

„Wenn jemand von den Gefangenen deinen Anordnungen nicht gehorcht, so hast du ihn niederzuschießen. Wenn die Gefangenen an dich Ansprachen halten, so gebrauchst du ebenfalls das Gewehr und schießt sie nieder. Verstanden!"

Diese Anordnungen wurden mit überlauter Stimme gegeben, damit wir Gefangenen sie ebenfalls hörten. Sie wiederholten sich jedesmal, wenn die Patrouille gewechselt wurde, also alle zwei Stunden.

Der Offizier entfernte sich, der junge Soldat blieb allein in der befremdlichen und schaurigen Rolle unseres Wächters und evtl. Henkers.

Klipp, klapp — track! Er machte das Gewehr auf und sah nach — die scharfe Patrone lag an ihrem Platze. Er schloß das Gewehr und schulterte es mit selbstzufriedenem Lächeln. Es hebt immer das Selbstbewußtsein und erfüllt mit Genugtuung, wenn man eine tüchtige Mordwaffe in der Hand hat. So sind wir Menschen!

Der Soldat begann seinen einförmigen Gang hin und zurück entlang der Gefängniswand. Ab und zu warf er einen schüchtern neugierigen Blick nach der vergitterten Fensterfront. Es waren lauter Isolierzellen der „Politischen" — und der solches wußte, es wurde ihm eingeschärft, daß das die schlimmsten wären. Schlimmer als jeder Mörder. Die gefährlichsten von allen Verbrechern! In seinem Gehirn bildete sich die Vorstellung einer menschlichen Bestie. Die er aber sah, schienen ihm harmlose Menschen, man sah ihnen nichts Schlimmes an, sie machten vielmehr durch ihr ruhiges und sicheres Benehmen, durch die fleißige Art, wie sie in ihren Büchern und Skripturen herumkramten, einen angenehmen Eindruck. „Wie soll man da noch den Menschen trauen! Sehen so anständig aus und sind doch — solche Kerle!

Auf einmal blieb er stehen. In einem Fenster erblickte er einen würdigen alten Herrn mit einem grauen Vollbart. „Wie kommt denn der da hinein? So was!" Plötzlich wurde er zornig: „Gegen das Vaterland? Na warte nur!" Er packte sein Gewehr fester. „Dir wollen wir es schon beibringen!" Gerade der Alte mit dem ruhigen und zugleich eindringlichem Blick der bebrillten Augen reizte ihn am meisten.

Alles blieb ruhig. Die Zeit begann unserem jungen Soldaten lang zu werden. Er brütete vor sich hin, weilte vielleicht in Gedanken in seinem heimatlichen Dorfe. Auf einmal wurde eine Stimme vernehmbar, klar und gelassen.

— Es wird langweilig. Wollen wir was vorlesen?
— Ich hab was!
— Was denn!
— Es ist sehr interessant!
— Na man los!

Und abermals trat Stille ein. Nichts rührte sich. Sollte er eingreifen? Er wartete. Nach einiger Zeit erschallt eine tiefe, klare männliche Stimme, — die gemessen und scharf betonend sprach:

„Hört zu!
An das arbeitende Volk!

Die Duma ist aufgelöst worden, weil die Vertreter der Arbeiter politische Rechte für die Entrechteten verlangt haben. Die Vertreter der Arbeiter und Bauern sind nach Hause geschickt worden, die Geldleute, die Gutsherren und die Generäle beherrschen den Staat." — — —

Der junge Bauernbursche, den man in die Uniform gesteckt hatte, wurde stutzig. Wirklich, weshalb wurde denn die Duma aufgelöst? Er hörte aufmerksam zu.

Das Flugblatt wurde zu Ende gelesen. Das Ganze war ein Spiel mit verteilten Rollen, das wir mehrmals am Tage wiederholten. Nun beobachteten wir die Wirkung. Wurde der Soldat nachdenklich, verlegen, dann hatte er offenbar eingeschlagen. Dann begann jemand von uns nach einer Weile:

„Brüderchen, wie gehts? Du mopst doch wohl mit uns?"

Der Soldat warf ihm einen bösen Blick zu.

„Du brauchst ja nicht zu antworten. Wir wissen es, daß man dir den Mund zugebunden hat. Der Soldat darf nicht sprechen, darf auch nicht denken, darf kein Gefühl haben. Der Soldat ist nur zum Prügeln und zum Schießen da.

Weshalb verbietet man dir aber, mit uns zu sprechen? Was liegt daran, wenn wir uns mit dir unterhalten? Aber, siehst du, man fürchtet uns, weil wir die Wahrheit sagen. Du sollst uns töten, damit du die Wahrheit nicht zu hören bekommst. Nicht uns fürchtet man, sondern die Wahrheit."

Manchmal wurde die Unterhaltung auch anders eingeleitet. Da begann jemand, gleichsam vor sich hin, aber recht laut:

Wie ich mir diese Schildwache ansehe, muß ich denken: wie leicht sich diese Menschen narren lassen und mißbrauchen lassen! Dieser junge Mensch soll uns totschießen, und er wird es auch tun, — aber wofür? Er kümmert sich nicht darum. Ihm ist es befohlen worden! Und ein Menschenleben ist hin. „He, du! Weißt du denn auch, weswegen wir gefangen gehalten werden?"

Die meisten geben keine Antwort, was selbstverständlich uns nur eine willkommene Gelegenheit war, ihnen die nötige Aufklärung beizubringen. Manchmal aber rief uns einer grinsend entgegen:

„Schurken seid ihr! Verbrecher!"

„So? Das ist also deine Meinung? Weil wir gefangen sind, so sind wir auch schon Verbrecher? Du bist ja selbst ein Gefangener. Du darfst ja nicht aus der Kaserne heraus. Du mußt gehorchen, was man dir auch sagt. Du bis stehlimmer dran, als der Leibeigene beim Gutsherrn. Du bist ein Sklave. Uns aber hat man hinter Schloß und Riegel gesteckt, weil man mit uns nicht fertig wird. Wir geben nicht nach. Wir erschrecken nicht vor den Gewehrkugeln, geschweige schon vor der Kommandostimme — wie du! Wir kämpfen für die Freiheit ausgebeuteten Volkes." „Verstehst du?!"

Ließ sich erst die Schildwache in einen Disput mit uns ein, so war die Sache gewonnen. Beim Ablösen blinzelte uns wohl der Soldat verstohlen zu, das nächste Mal bat er selbst, man möge doch was vorlesen. Widersprach schon der erste Eindruck, den er von uns empfing, den Vorstellungen, die ihm die Militärobrigkeit suggerierte, so standen uns ja Tatsachen genug zur Verfügung, um den ganzen reaktionärpatriotischen Spuk zu zerstreuen.

Unsere Einwirkung auf die Soldaten war so offensichtlich, daß das Militärkommando alles aufbot, um den einzelnen Mann möglichst selten vor unseren Fenstern erscheinen zu lassen. Um die Ablösung — Tag und Nacht alle zwei Stunden — aufrechtzuerhalten, mußte deshalb eine weit größere Anzahl Leute verwandt werden. So defilierten mehrere Kompagnien an uns vorbei. War auch die Einwirkung auf den einzelnen weniger groß, als wenn wir längere Zeit mit ihm verkehrt hätten, so ging doch unsere Propaganda auf die Weise mehr in die Massen, und die Nachwirkung in der Kaserne, wo die Leute im Gespräche ihre Wahrnehmungen austauschten, mußte um so größer sein.

Ab und zu stießen wir auf einen rabiaten oder stumpfsinnigen Gesellen, mit dem nichts zu machen war. Dieser schrie uns an:

„Schweigt!"

„Nanu, Freundchen", riefen wir entgegen: „Nur nicht so hitzig!"

„Schweigt, sonst schieße ich!"

Nun hieß es, nicht beizugeben. Denn wollten wir uns durch Drohungen einschüchtern lassen, so wäre unsere Autorität in der Kaserne rettungslos verloren gewesen.

„Da, seht doch diesen Kerl! Man gab ihm einen Schießprügel in die Hand, jetzt glaubt er, die Welt kommandieren zu können. So einer kennt weder Scham und Gewissen. Er würde selbst auf seinen eigenen Bruder schießen."

Mit zusammengekniffenen Lippen und bös aufleuchtenden Augen legte der Soldat an. In diesem Augenblick stürzten wir alle zu den Fenstern.

„Schieß zu! Hier sind wir. Kriegst eine Auszeichnung dafür und ein Gläschen Schnaps auch noch dazu. Ein Menschenleben für ein Gläschen Schnaps! Wie lange bleibst du beim Militär? Drei Jahre, dann kehrst du nach Hause zurück und kannst vor Vater und Mutter renommieren, daß du indessen ein Mörder geworden bist. Wenn du sie noch findest. Denn indessen wird sie vielleicht gerade so ein Kerl wie du bereits totgeschossen haben!"

Man bedenke, daß dies zu einer Zeit war, da Tausende von Bauern von den Strafexpeditionen niedergeschossen wurden, um die Wirkung dieser Worte zu begreifen. Der Soldat ließ ab und tat, als ob sie für ihn nicht mehr da wären.

So trieben wir Propaganda unter dem Militär im Verbannten-Gefängnis zu Petersburg.

Und einmal — es war, nachdem wir bereits nach Moskau gebracht waren — trat in dem gleichen Verbannten-Gefängnis in Petersburg eine Genossin ans Fenster und sprach einige Worte zum Militärposten. Da legte der Kerl an und drückte los, und die junge Kampfgenossin sank tot zu Boden . . . Pr.

Das Taylorsystem und die Arbeiterschaft

II.

Taylor versichert wiederholt, daß sein System die Ergiebigkeit der Arbeit durch organisatorische Maßnahmen und durch wissenschaftlich betriebene Untersuchungen betreffs der rationellen Arbeitsmethoden auf das Höchstmöglichste steigern will; eine Ueberanstrengung der Arbeiter ist ausgeschlossen. Die verblüffenden Erfolge seiner Experimente will er ausschließlich auf die praktische Anwendung seiner Betriebsmethoden zurückführen. Professor Wallich will ebenfalls bezeugen, daß nur ein geringer Teil der durch die Taylor-Methode erzielten Zeitersparnis durch emsigeres Arbeiten der Leute erreicht wurde, während der größte Teil durch Schaffung besserer Arbeitsbedingungen, durch Verbesserung der Werkzeuge und Einrichtungen, durch einen streng geregelten und gut vorbereiteten Gang der Arbeitsvorgänge. Das soll etwas näher untersucht werden.

Taylor selbst sagt, daß „vielleicht der hervorstechendste Grundzug beim neuen System die Pensum-Idee ist." Er gibt also selbst zu, daß bei praktischer Durchführung seiner Mehrproduktionsprinzipien er das Pensum und als Lockmittel zur Erreichung des Pensums die Prämie zur Grundlage des ganzen Systems gemacht hat. Das Pensum ist das Resultat „gewissenhafter und wissenschaftlicher Untersuchungen" darüber, was ein Arbeiter zu leisten vermag, ohne sich irgendwie zu schaden — sagt Taylor. Sehen wir nun vorerst einmal wie diese Beobachtungen angestellt werden. „Zwei erstklassige Arbeiter wurden ausgewählt. Leute, deren körperliche Leistungsfähigkeit schon früher erprobt worden war und die sich dauernd gut bewährt hatten. Diesen wurde, solange die Versuche dauerten, doppelter Lohn bezahlt und ihnen eingeschärft, sie sollten während der ganzen Zeit nach bestem Können arbeiten; wir würden von Zeit zu Zeit Untersuchungen anstellen, ob sie nicht mit ihrer Arbeit zurückgehalten hätten; jedem Versuch, uns zu täuschen, würde augenblickliche Entlassung folgen." Und dann bei einem anderen Experiment: „Wir suchten zwei bis drei erstklassige Schaufler aus, denen wir einen Extralohn zahlten, damit sie zuverlässig und ehrlich arbeiteten. So hofften wir endgültig feststellen zu können, den wievielten Teil einer Pferdekraft ein Mann leisten kann, das heißt, wie viele Meterkilogramm Arbeit ein Arbeiter in einem Tag billigerweise zu verrichten imstande ist."

Wenn aber der Feststellung eines richtigen Tagwerkes die Leistung eines erstklassigen, für die gegebene Arbeit einseitig qualifizierten, auch körperlich tüchtigsten Arbeiters zugrunde gelegt wird, der obendrein noch durch Versprechen eines doppelten Lohnes einerseits, durch Androhung mit der Entlassung anderseits zur angestrengten Arbeit angeeifert und getrieben wurde, so wirkt die wiederholte Versicherung Taylors: Das Pensum ist immer so festgestellt, daß es durchaus nicht etwa ein Maximum darstellt, sondern daß der Mann, der sich für diese bestimmte Tätigkeit am besten eignet, im Laufe der Zeit sich noch wesentlich vervollkommnen und zufriedener und wohlhabender werden kann und wird — sehr wenig überzeugend. Tatsache ist, daß Taylor selbst überall, wo er von den Methoden der Leistungsstudien spricht, immer die Leistung des erstklassigen Arbeiters zu bestimmen wünscht. Tatsache ist weiter, daß Taylor ein Lohnsystem anwendet, welches bei erreichter Höchstleistung einen weit höheren Verdienst bietet als der Normallohn; bei Unterschreitung der Höchstleistung aber fällt dieser Verdienst stark. Das heißt also, er differenzierte die Verdienste bei verhältnismäßig geringen Leistungsunterschieden so stark, daß einesteils die Geldgier einige besonders kräftige und besonders geschickte Arbeiter zu immer höherer Leistung trieb, anderseits die mittleren und minderbefähigten Arbeiter zur dauernden Anspannung ihrer Kräfte gezwungen wurden. Unter solchen Umständen ist das Faseln von dem Schutz der Arbeiterinteressen eine bewußte Heuchelei oder ein unbewußter Unsinn. Denn Sachs sagt ganz richtig, daß schon allein die Kenntnis dessen, was der Arbeiter unter bestimmten Umständen zu leisten vermag, zu einem Schwitzsystem führen kann. Unbedingt zustimmen wird man aber Dr. Sachs müssen, daß jeder vernünftige Industrielle, der nach dem Taylor-System arbeiten läßt, alles daran setzen wird, seine Werkstatt mit solchen Arbeitern zu besetzen, die eben das Maximum leisten. Natürlich wird er vom Durchschnittsarbeiter nicht die Leistung des besten Arbeiters verlangen, schon aus dem Grunde nicht, weil das vergebliche Mühe war. Der Arbeiter wird aber von selbst alles aufbieten, um diesem Maximum so nahe wie möglich zu kommen, da er sonst seine Stelle verliert und die Beschaffung einer neuen ihm um so schwerer wird, je mehr das System an Ausbreitung gewonnen hat. Daß damit aber eine vorzeitige Aufreibung seiner Kräfte verbunden ist, bedarf wohl keiner Erläuterung. Wenn man das vorläufig noch nicht merkt, so liegt es einfach daran, daß bei der geringen Zahl der bisher nach dem Taylor-System arbeitenden Fabriken diejenigen Arbeiter, die für das System aus irgendeinem Grunde nicht mehr brauchbar geworden sind, an die übrigen Werke abgeschoben werden. Deshalb schon sind die Beweise der Gesundheit und Zufriedenheit der Arbeiter nach keiner Richtung maßgebend. Bei gewissen wilden Stämmen soll es auch nur gesunde Menschen geben, indem nämlich die kränklichen und Greise beiseite geschafft werden. Und die Zufriedenheit der Leute wäre ja ohne weiteres verständlich, denn so lange sie nach dem System arbeiten, ist ihr Verdienst wesentlich höher. Es fragt sich nur, wie lange sie das können werden. Haben sie ihre Vollkraft eingebüßt, so ist für sie innerhalb des Taylor-Systems kein Platz mehr. Beweiskräftig wäre nur eine Statistik über das Durchschnittsalter der Arbeiter und ihre Beschäftigungsdauer, bezogen auf eine große Anzahl gleichartiger Betriebe und die sich auf eine Zeitspanne von etwa 15 bis 20 Jahren erstreckt.

Dieser Beweis ist durch die Verfechter der taylorischen Reinkultur nicht einmal versucht, geschweige denn erbracht worden. Dagegen ist es eine allgemein bekannte Tatsache, daß der menschliche Organismus, wie jeder Organismus, elastisch ist und eine Ueberanspannung eine Zeit lang aushalten kann, ohne daß sich sofort Schäden offenkundig bemerkbar machen. Es muß sich also nicht einmal notwendig sofort zeigen, wenn sich ein Arbeiter überanstrengt; wahrscheinlich läßt sich die Abnahme seiner Leistung erst dann sicher konstatieren, wenn er schon so weit heruntergearbeitet ist, daß er mit psychischer Anstrengung (Willen, Aufmerksamkeit usw.) die abnehmenden physischen Kräfte nicht mehr kompensieren kann. Tatsächlich liegen auch Berichte in diesem Sinne vor. So lesen wir bei Kochmann: „Anscheinend glaubwürdig, allerdings von hier aus nicht kontrollierbar, wird berichtet, daß Arbeiter in taylorisierten Betrieben stimulierende Medikamente nehmen, um den Anstrengungen der neuen Arbeitsweise gewachsen zu sein, und es soll angeblich häufig vorkommen, daß sie sich die Haare färben und sich schminken, um den Anschein physischer Frische und Jugendlichkeit aufrecht zu erhalten." Taylor mag es ja vielleicht mit seinen humanen Absichten ernstlich gemeint haben. Er hatte es aber nicht in der Hand, das nach seinem Willen zu reglen. Die Geister die er rief, kehrten sich nun wider ihn: die Kapitalisten, die er gelehrt hat, wie man die Mxiamalleistung bestimmen kann, lachten über seine Sentimentalität, nützten aber seine Lehre rücksichtslos aus. Der brave Theoretiker Taylor mag es vielleicht nicht geahnt haben, was der Menschenkenner Taylor allerdings hätte wissen sollen, wie seine Wissenschaft in die Praxis des amerikanischen Kapitalisten umgesetzt wird. In der Praxis genügt eben nicht einmal die Leistung des erstklassigen Arbeiters. Frenz berichtet, daß man noch einen Schritt weiter gegangen ist. Das Arbeitsbüro wurde angewiesen, die Arbeitszeiten möglichst niedrig anzusetzen, damit die vorgeschriebene Leistung schon für den besten Arbeiter hoch bemessen war. Der Zeitstudienbeamte sah seine beste Leistung darin, daß möglichst wenig Arbeiter die angesetzte Zeit einhielten. Bei Beschwerden der Arbeiter konnte man sich auf den wissenschaftlichen Charakter der Untersuchung berufen. In manchen Fällen wurde der Zeitstudienbeamte finanziell an der geringen Zahl eingehaltener Zeiten interessiert. Umgekehrt war der Vorarbeiter in der Werkstatt daran interessiert, daß möglichst alle Arbeiter die Höchstleistung erreichen, daß also 100 Prozent der Zeiten eingehalten werden. So sieht die Sache in der kapitalistischen Praxis aus. Taylors Pensum-Idee ist ein Mittel zur potenzierten Schinderei geworden und die Arbeiter, die das mit gesundem Instinkt fühlen, setzen sich diesem wissenschaftlichen System zur Auspressung der Menschenkraft energisch entgegen.

Neben der Pensum-Idee spielt auch das Lohnsystem bei Taylor eine wichtige Rolle. Taylors Lohnsystem ist als Gedanke nicht neu. Schon Halsey und dann Rowan haben Prämiensysteme ausgearbeitet. Taylor findet aber, daß diesem Prämienverfahren zwei Mängel besonders anhaften. Erstens ist der Akkordlohn selbst auf willkürlicher Basis bemessen und demzufolge entstehen fortwährende Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern, und zweitens ist der Verdienst der Arbeiter begrenzt, der Arbeiter kann nach diesen Prämiensystemen unter keinen Umständen mehr als das Doppelte des gewöhnlichen Stundenlohnes verdienen. Neu im Taylorischen Lohnsystem ist nur, daß die Lohneinheit, auf Grund wissenschaftlich betriebener Zeitstudien bemessen, „wissenschaftlich ermittelt" wird, daher nach Taylors Ansicht weiteren Lohnstreitigkeiten den Boden entzieht und daß dem Arbeiter in der Theorie keine obere Grenze gesetzt ist.

Mir dünkt, daß durch Taylors Lohnsystem an den bestehenden Verhältnissen weder in der einen noch in der anderen Richtung etwas geändert worden ist und geändert werden kann. Im kapitalistischen Wirtschaftssystem wird der Arbeitslohn stets eine eminent praktische und keine wissenschaftliche Frage sein; er wird durch Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkte beeinflußt, wird sich aber niemals dauernd über den notdürftigen Lebensunterhalt des Lohnarbeiters erheben können. Taylor sucht ein gerechtes Lohnsystem. Ein gerechtes Lohnsystem müßte aber direkten Weges zum Kommunismus führen, denn gerecht kann nur ein System sein, welches den vollen Erfolg der Arbeit den Arbeitenden selbst sichert. Aber abgesehen hiervon, ist durchaus unerfindlich, warum gerade Taylors Akkordsystem die Lohnstreitigkeiten verhindern, den industriellen Frieden begründen und die Arbeitslust heben sollte? Auch da wird Sachs Recht behalten, daß es für die Lohnbemessung völlig belanglos sein muß, ob die Rechnung von einem Durchschnittswert der Arbeitsleistung ausgeht, wie das bisher der Fall war, oder von einem maximalen Grenzwert, wie das Taylor vorschlägt. Alles hängt vielmehr ausschließlich davon ab, welchen Lohn man für den Ausgangspunkt der Berechnung ansetzt und nach welcher Skala man die jeweilige Leistung bewertet. Bei allen bisherigen Systemen waren diese beiden Momente willkürlich, und Taylor ändert an dieser Willkür gar nichts. Wohl aber hat das neue System einen ganz besonderen Nachteil: durch Wahl des Grenzwertes zum Ausgangspunkt der Berechnung, wird man nur zu leicht geneigt sein, für die Normalleistung den Lohn zu niedrig anzusetzen.

Nein, es war eine Naivität, wenn Taylor meinte, daß sein Pensumprämienverfahren zum sozialen Frieden führen wird. Nicht minder naiv ist die Bemerkung eines treuen Schülers seines Meisters, Rudolf Seuberts, daß es „von niemandem mehr verkannt wird, daß das Taylor-System berufen sei, die bisher vielfach als selbstverständlich angesehene Gegensätzlichkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszuschalten. Ich nehme nicht gerne jemandem seinen Glauben, deshalb sei mir Gott und Herr Seubert gnädig, wenn ich begründete Zweifel zu haben vermeine, daß die tief im kapitalistischen Wirtschaftssystem liegenden Interessendifferenzen zwischen Arbeitern und Kapitalisten durch organisatorische Maßnahmen ausgeglichen werden können. Es mag wohl richtig sein, daß die Arbeiter in den Taylor-Betrieben mit dem neuen System im höchsten Grade zufrieden sind und nicht ein Streik in der Zeit der Wirksamkeit des Systems in den betreffenden Fabriken stattgefunden hat; daraus lassen sich aber auf die sozialen Auswirkungen des Systems, wenn dasselbe verallgemeinert werden sollte, keinesfalls Konsequenzen ableiten, wie es Taylor und seine Schüler tatsächlich abgeleitet haben. Solange die Taylor-Arbeiter die Interessengemeinschaft einer kleinen Arbeitergruppe darstellen, die den Boden der Klassensolidarität verlassen hat, die einen den Durchschnittslohn weit übersteigenden Verdienst genießt und sich der Folgen ihrer Ueberanstrengung nicht bewußt ist, wird es natürlich in diesen Betrieben keine Streiks geben, wenngleich die Arbeiter faktisch rücksichtsloser ausgebeutet werden als sonstwie. Bei allgemeiner Anwendung des Systems aber, und unter diesem Gesichtspunkte muß natürlich das Ganze betrachtet werden, wird der Ausnahmslohn zum Durchschnittslohn, die taylorisierte Fabrik genießt nicht mehr eine Ausnahmestellung, weil ja alle taylorisiert sind oder im aussichtslosen Wettbewerbe mit den taylorisierten Betrieben bereits zugrunde gegangen sind, können natürlich keine Ausnahmslöhne mehr gezahlt werden und der Streit beginnt von vorne. Nur haben sich die Chancen des Kampfes zu ungunsten der Arbeiter verschlechtert, weil das System nunmehr auf der Höchstleistung aufgebaut ist, dem sich der schwächere Teil wird nicht entziehen können, wenngleich die Voraussetzungen, unter denen es eingeführt wurde (höherer Lohn), gefallen sind.

Auch die unbeschränkte Verdienstmöglichkeit besteht nur in der Theorie. In diesem Punkte kommt Taylor mit sich selber in Widerspruch. Einerseits führt er aus, daß die Arbeitsunlust, die Bummelei darauf zurückzuführen ist, daß für die meisten Arbeitgeber es schon von vornherein feststeht, wieviel sie ihre Arbeiter allerhöchstens verdienen lassen wollen, ganz gleichgültig, ob sie im Zeit- oder Stücklohn arbeiten. Die Arbeiter haben wiederholt die traurige Erfahrung gemacht, daß bei erhöhter Arbeitsleistung die Stücklöhne bald herabgesetzt wurden, so daß die gesteigerte Arbeit wohl dauernd geblieben ist, der Verdienst jedoch bloß vorübergehend ein höherer war, bald aber auf das frühere Niveau zurücksank.

Sein System bietet durch den Differenziallohn die theoretische Möglichkeit des uneingeschränkten Verdienstes. In der Praxis aber sieht die Sache wieder anders aus, indem er folgendes ausführt: „Nun hatten wir durch eine Reihe von Experimenten und eingehende Beobachtungen gefunden, daß solche Arbeiter, denen man ein sorgfältig abgemessenes, wenn auch gut berechnetes Tagespensum zuteilt und für die Extraanstrengung den normalen Lohn um 60 Prozent erhöht, nicht nur haushälterisch, sondern auch in jeder Beziehung wertvoller für die menschliche Gesellschaft werden, sie leben viel besser, fangen an zu sparen, werden nüchtern und arbeiten regelmäßiger. Wenn ihr Lohn aber über 60 Prozent erhöht wird, so arbeiten sie vielfach unregelmäßig, neigen mehr oder minder zur Unzuverlässigkeit, Verschwendung und Vergnügungssucht. Unsere Untersuchungen zeigten mit anderen Worten, daß es für die meisten kein Glück ist, zu schnell reich zu werden."

Wir wollten wieder nur den tiefen Abstand zwischen Taylors Theorie und Praxis zeigen und feststellen, daß die Verdienstmöglichkeit mit 60 Prozent über den Normallohn limitiert ist. Und da dieser Lohn mit der fortschreitenden Taylorisierung der Industrie zum Durchschnittslohn werden würde, ist Taylor um keinen Schritt über das eherne Lohngesetz hinausgekommen, wie dies im kapitalistischen System auch gar nicht

möglich wäre. Köstlich ist nur die rührende Besorgnis Taylors ob der schrecklichen Folgen einer raschen Bereicherung der Arbeiter. Diese scheinheilige Verdeckung ökonomischer Notwendigkeiten mit sogenannten wissenschaftlich experimentellen Feststellungen ist widerwärtig. Bei den Kapitalisten fürchtet sich Taylor offenbar nicht der verderblichen Wirkung einer solchen Bereicherungsgefahr, da er den Unternehmerprofit unlimitiert steigern will.

(Schluß folgt.)

Wirtschaft

Bergab

Das deutsche Proletariat schaufelt sich mit Aufbietung seiner letzten Kräfte sein Massengrab. Wenn die Angaben über die Preise in Oesterreich und die Löhne der österreichischen Arbeiter stimmen, die der „Vorwärts" in einem Artikel aus Oesterreich bringt („Kampfruf" Nr. 24, „Goldlöhne"), dann ist das deutsche Proletariat mit dem Sinken der deutschen Mark unter die Krone, auch mit seinen Löhnen unter das Lohnniveau der österreichischen Arbeiter gekommen. Und täglich schuftet der deutsche Proletarier um die Produktion zu „heben", d. h. für den Exportprofit, um sich die Waren zu entziehen, um die Kaufkraft zu zerstören, und damit die Produktion — einzuschränken! Mit jeder „Lohnerhöhung" setzt das deutsche Proletariat jetzt schon ruckweise seinen Reallohn herab. Und immer nur kennt es eine Aufgabe: „Lohnerhöhungen" zu „erkämpfen". Die letzten „Lohnerhöhungen" haben so deutlich bewiesen, daß die Preise schon um mehr als den bewilligten Aufschlag stiegen, wenn die Tarife nur eben abgeschlossen sind. Bis der Lohn zur Auszahlung kommt, ist er immer schon viel niedriger als der alte war.

Wie vollständig das deutsche Proletariat mit Blindheit geschlagen ist, daß es zusammen mit seinen Henkern und Ausbeutern gegen den „Erbfeind" und gegen den Versailler Vertrag (und natürlich zur „Hebung der Produktion") sich mißbrauchen läßt, davon liefert die Statistik über den deutschen Eisenaußenhandel einen Beweis. Neben der Kohle als Betriebsmittel, ist Eisen der Grundstoff der Wirtschaft. Deutschland hatte 1922 in Papiermark einen Einfuhrwert von 67,8 Milliarden Papiermark und einen Ausfuhrwert von 269,6 Milliarden Papiermark, woraus sich ein Ausfuhrüberschuß von 201,8 Milliarden Papiermark errechnet. Wenn man diese Summen, wie das die Zeitschrift „Glückauf" tut, in Goldmark ausdrückt, dann erhält man für das letzte Jahr einen Einfuhrwert von 151,3 Millionen Mark, dem ein Ausfuhrwert von 601,7 Millionen Mark gegenübersteht, der sich hieraus errechnende Ausfuhrüberschuß beläuft sich auf 450,3 Millionen Mark. Dieser Riesenüberschuß von 201,8 Milliarden Mark aus dem Laufe des Jahres 1922 beträgt nach dem jetzigen Markwert viele tausende Milliarden. Diese sind von den Verbündeten der deutschen Gewerkschaften, den Stinnes, Thyssen und Konsorten im Auslande in Werten angelegt. Der Wertüberschuß ist viel größer, als der mengemäßige (154 000 t), denn der deutsche Proletarier arbeitet nicht nur williger, sondern noch billiger als der Kongoneger.

Aus diesem Riesenprofit dürfen die Proletarier natürlich nicht schließen, daß es möglich wäre, die „Lasten auf die Schultern der Besitzenden zu legen", d. h. die Löhne zu erhöhen. Die Gesamtsumme auf die Proletarier verteilt, würde für jeden einige Zehntausendmarkscheine ausmachen und schon bei der Auszahlung stiegen die Preise so, daß sie keinen Vorteil, aber der Kapitalismus infolge Preissteigerung die Zehntausendmarkscheine sofort wieder hätte. Denn die Gesamtproduktion geht zurück, trotzdem die deutsche Industrie von der Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkt lebt; nicht wie die Sozialdemokratie aller Schattierungen behauptet, daß sie durch den Versailler Vertrag erdrückt werde. Einen Gradmesser für den Rückgang der Produktion bietet die Güterverkehrsstatistik des Ruhrbezirks. Der Güterverkehr des Ruhrbezirks wird großenteils getragen von der Eisenindustrie. Hat die Eisenindustrie starke Beschäftigung, nimmt der Güterverkehr zu; fehlt es an der Beschäftigung, muß der Verkehr entsprechend abflauen. Wenn auch die im Wege der Güterverkehrsstatistik ermittelten Zahlen ein einwandfreies und genaues Bild nicht vermitteln, so ergeben sie doch anschauliche Vergleichsmöglichkeiten zwischen früher und jetzt. Wie Prof. Dr. Tießen in der „Deutschen Wirtschaftszeitung" errechnet hat, ist der gesamte Güterverkehr des Ruhrbezirks (einschl. Duisburgs) von 1913 bis 1920 von rund 192 auf 116 Millionen Tonnen oder um fast zwei Fünftel (39,4 vH.) gesunken. Dies Verhältnis entspricht etwa dem Rückgang des Güterverkehrs im ganzen Reich (36,6 vH.). Der Rückgang hat bis 1922 angehalten. Das Hauptgewicht liegt in der Abnahme des Auslandsverkehrs, der in der Ausfuhr von 28,5 auf 9 Millionen Tonnen (um 68 vH.), in der Einfuhr sogar von 13,3 auf 2,7 Millionen Tonnen (um 80 vH.) gefallen ist. Der Anteil des Auslandsverkehrs am Gesamtverkehr des Ruhrgebietes ist von 22 auf 10 vH. gesunken, demgemäß der Anteil des Inlandsverkehrs von 78 auf 90 vH. gestiegen, und zwar beim Empfang im Verhältnis zur gesamten Gütermenge noch etwas stärker als beim Versand.

Für 1923 wird der Export überhaupt nicht mehr ins Gewicht fallen, denn seit Anfang Januar kann von einer nennenswerten Produktion im Ruhrgebiet nicht mehr gesprochen werden. Die geringe Eisensteinproduktion des Lahn- und Dillgebietes, in der Vorkriegszeit ein minimaler Bruchteil der deutschen Erzgewinnung, klagt über Absatzmangel! Auch Oberschlesien ist nicht mehr imstande, das Eisen abzunehmen. Die Gruben beabsichtigen demnächst Feierschichten einzulegen. Der deutsche Außenhandel ist fast auf dem Nullpunkt angelangt. Das Gesamtbild sieht so aus: in 1000 dz.

	Einfuhr April	Einfuhr März	Ausfuhr April	Ausfuhr März
Gesamt	63 961	52 201	10 288	9382
darunter:				
Lebensmittel und Getränke	3 309	3 309	1 001	787
Rohstoffe u. halbf. Waren	59 508	48 077	6 000	5036
fertige Waren	1 058	775	3 287	3568

Unter den Rohstoffen sind vier Fünftel Kohlen und Koks enthalten. Die Einfuhr von Koks hat sich gegen 1922 verdoppelt und die Einfuhr von Kohle versechsfacht! Auch die geringe Zunahme der Ausfuhr ist in der Hauptsache auf Rohstoffe (!) Eisen usw. zurückzuführen. Die Ausfuhr von Fertigfabrikaten ist weiter stark zurückgegangen. Ein Gradmesser für die Wirtschaft überhaupt ist die Bautätigkeit, resp. die von dieser abhängigen Industrien. Die Zementindustrie z. B. hatte im Januar 1923 einen Rückgang im Absatz von 8,6 Prozent, im Februar von 15,4 Prozent und im März einen solchen von 27,5 Prozent gegenüber dem Monat des Vorjahres. In der Kalkindustrie betrug der Rückgang im Januar 1923 25 Prozent und fiel bis auf 50 Prozent im März. Aehnlich liegen die Verhältnisse in allen anderen Zweigen der vom Baumarkt abhängigen Baustoffindustrien. Diese Verhältnisse haben sich seit März noch verschlechtert.

Der Marksturz auf 100 000 für den Dollar hat wohl bewirkt, daß das Kapital vom Lager verkauft hat, eine Konjunktur dagegen ist nicht mehr hervorgerufen. Trotzdem also die Arbeiterschaft wieder auf einen Teil des Lohnes verzichtet hat, ist eine Besserung am Arbeitsmarkt nicht eingetreten, resp. nur hier und da von geringfügiger Bedeutung. Die Metallindustrie, die bisher zu den bestbeschäftigten gehörte, hat zu weiteren Arbeiterentlassungen schreiten müssen. Die Zahl der Arbeitslosen ist wieder gestiegen. Auch in der Berliner Metallindustrie ist die Zahl der Vollarbeiter gefallen.

Ausland

Bulgarien

Vom Orient, jetzt von Bulgarien kommen wiederholt Revolutionsnachrichten. Der bulgarische Ministerpräsident Stambulinski ist geflohen, und eine rechtsstehende nationalistische Regierung hat die Gewalt an sich gerissen. Die bürgerlichen hauptsächlich rechtsstehenden Parteien verfluchen diesen Stambulinski als einen Diktatoren schlimmster Sorte. Was hat das auf sich?

Bulgarien hat den Krieg verloren; die äußere Politik Bulgariens ist gekennzeichnet durch die „Erfüllungspolitik". Und darum, wer die hauptsächlichsten Lasten tragen soll, tobt auch in Bulgarien der Kampf. Die Verhältnisse in Bulgarien weisen nicht die scharfe Klassenscheidung auf, wie in den großkapitalistischen Industrieländern. Bulgarien ist vorwiegend Agrarland, und Klein- und Mittelbesitz sind vorherrschend. Der Bauernbund hatte bis dahin die Regierungsgewalt inne, und mußte gegen Großkapital und Großbourgeoisie regieren. Das fortwährende Sinken der Währung, begründet in den Reparationsverpflichtungen, war auch hier ein vorzügliches Propagandamittel gegen die Bauernregierung. Stambulinski glaubte durch die kleinbürgerliche Utopie von der Klassenversöhnung eine Ueberbrückung der Klassengegensätze zu erreichen, und durch seinen Kampf gegen die politischen Parteien sich eine Plattform für seine Politik zu schaffen. Die immer stärker werdende Opposition von rechts, einschließlich der Sozialdemokratie, zwang ihn jedoch dauernd zur Gewaltanwendung. Die Sozialdemokratie, die bei den letzten Wahlen nur zwei Mandate erhielt, arbeitete Hand in Hand mit dem Großkapital auf das freie „Wahlrecht" und die bürgerliche Demokratie hin. Was — unter etwas anderen Umständen — in Deutschland sich ohne große Aufregung vollzog: Die Uebernahme der Staatsgewalt durch die Großindustrie, das ist der Sinn der „Revolution" in Bulgarien, nur mit dem Unterschied, daß mit einem starken Widerstand von seiten der Klein- und zum Teil auch Mittelbauern zu rechnen sein wird. Da das Proletariat nicht selbständig auf die Bühne treten, vielmehr Partei ergreifen wird — vorderhand — zwischen der Bauernregierung und der rechts-reaktionären Regierung, ist damit zu rechnen, daß die Regierung Stambulinski auch zum Teil Unterstützung finden wird von seiten des Proletariats.

Erwähnenswert ist noch die Rolle der KPB. Sie brüstet sich mit ihrer ungeheuren Stärke, und erhielt bei den letzten Wahlen ⅕ der Gesamtstimmen. Ihre Politik gegenüber der Regierung Stambulinski war jedoch, um einen passenden, zeitgemäßen Ausdruck zu gebrauchen, eine „sächsische", das heißt eine anonyme Koalitionspolitik. Trotzdem die Bauernregierung alle Regungen des Proletariats rücksichtslos unterdrückte, wurde sie von der KPB. unterstützt, und konnte sich nur mit Hilfe der KPB. halten. Der Grund lag darin, daß Rußland ein großes Interesse an der Neutralität Bulgariens hatte, und dies als Schutzwall gegen etwaige Einfälle konterrevolutionärer Banden betrachtete. Diese außenpolitischen Gründe wurden durch die KPB. natürlich nicht propagiert, sondern unter der Maske der Forderung „Arbeiter- und Bauernregierung" verborgen. Es zeigte sich jedoch, daß die Spekulation darauf, daß die Regierung bei der fortwährenden Abbröckelung des Bauernblocks letzten Endes die KPB. als regierungsfähig erklären würde, eine Illusion ist. Die KPB. steht in dieser Krise wie der Esel zwischen zwei Heubündeln, und kann infolge ihrer Abhängigkeit von Rußland einerseits, und infolge ihres kleinbürgerlich-bäuerlichen Programms keine proletarische Politik treiben. Sie wird, wenn die neue Regierung in außenpolitischer Beziehung konform geht mit Rußland dieselbe unterstützen, deshalb allein ist sie eine Sektion der III. Internationale, nicht um das Proletariat zur Revolution vorzubereiten.

Die neue Regierung setzt sich zusammen aus Vertretern fast sämtlicher politischer Parteien einschließlich der Sozialdemokratie. Nach der Herrschaft der Bauern wird die Demokratie beweisen, daß das Proletariat innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft diejenige Klasse ist, auf deren Rücken und durch dessen verschärfte Ausbeutung die Herrschaft des Kapitals überhaupt möglich ist. Ihre Kraft, selbst einzugreifen jedoch wird erst und endgültig bis zu der Reife, die nötig ist, um die Diktatur des Proletariats [illegible] wachsen, wenn das Proletariat in den Industrieländern den Anfang macht. Als Teil des Weltproletariats wird es dann in seinem Lande gewiß seine Pflicht tun.

London, 15. Juni. (Eca.) Nach einer Reuter-Meldung aus Sofia wurde **Stambulinski,** als er versuchte, den Truppen die ihn verhafteten, zu entfliehen, durch einen Schuß getötet.

Aus der Partei

Pflichtbeitrag für den Haupt-Ausschuß für Juli.

Die rapide Markentwertung zwingt uns, für den Monat Juli einen höheren Pflichtbeitrag, wie ursprünglich angesetzt, festzulegen. Der **Pflichtbeitrag für Juli wird auf 600 Mark** festgesetzt.

Der **Richtbeitrag** für Juli von Groß-Berlin beträgt 4500 Mark.

Alle Gelder für den geschäftsf. Hauptausschuß der KAPD. sind auf: Postscheckkonto Berlin NW. Nr. 138 925 einzuzahlen.

Geschäftsf. Haupt-Ausschuß.
Kassierer.

An unsere Leser!

Die neue Teuerungswelle geht auch an uns nicht vorüber, trotzdem es uns nicht immer möglich ist, sofort auch nur die allernötigsten Unkosten durch entsprechende Erhöhung wettzumachen. Druck- und Papierpreise sind um 100 Prozent gestiegen, wir sind gezwungen den Preis der „KAZ." zu erhöhen; da wir Einnahmen aus Inseraten wie die bürgerlichen Zeitungen (die trotzdem teurer als die „Kaz." sind), nicht haben, sind wir voll und ganz auf die Einnahmen durch Abonnementsgelder und Sammlungen für den Pressefonds angewiesen, wenn sie nicht pünktlich und schnellstens gezahlt werden, stehen wir stets vor allergrößten finanziellen Schwierigkeiten. Wir ersuchen im Sammlungen für den Pressefonds nicht zu erlahmen, denn nur im Hinblick auf diese Sammlungen und schnellste Abrechnung der gelieferten Zeitungen können wir mit einer Preissteigerung von 50 Prozent annähernd auskommen:

Einzelnummer	450.—
Abonnement für die 2. Hälfte Juni (Nr. 46—50)	2250.—
Durch die Post (Einzelnum.) 2. Hälfte Juni (Nr. 46—50)	2500.—
Durch die Post (Bezieher von mehreren Exemplaren) 2. Hälfte Juni (Nr. 46—50) pro Exemplar	430.—

Genossen! Bleibt der „KAZ." trotzdem treu! Laßt die ständige Ruferin zur Revolution nicht verstummen, rechnet pünktlich an den Verlag ab. Reste von mehr als 4 Nummern haben unbedingt Streichung von der Bezieherliste zur Folge. Zahlt sofort bei Beginn des Halbmonats-Abonnements den fälligen Betrag an den Ueberbringer der Zeitung, damit er an den Verlag zahlen kann. Gebt mehr, wenn ihr könnt.

Gebt für den Pressefonds!

Mitteilungen

Broschüren-Obleute!

Sämtliche Broschüren müssen bis zum Dienstag, den 19. Juni, abgerechnet werden, da die Börsenzahl zur Zeit 5000 beträgt. — Die in unseren früheren Inseraten angegebenen Grundzahlen für Bücher und Broschüren sind vom Mittwoch, den 20. Juni ab, mit 5000 zu multiplizieren.

Referenten, Bezirksführer, Mitarbeiter der Kaz., Pressekommission! Montag, den 18. Juni, 7 Uhr, erweiterte Zentralsitzung in der Schule, Gipsstraße. — Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Groß-Hamburg.
Nächste Versammlungen:

Bezirk Barmbeck: An folgenden Dienstagen, abends 8 Uhr, Lokal Wittkopp, Wohlsdorfer Str. 33: 19. Juni, 3. Juli.

Bezirk Hammerbrok: An folgenden Donnerstagen, abends 8 Uhr, Lokal Wendelhalle, Wendenstraße 72: 28. Juni.

Literatur und Kaz. stets zu haben: Gustav Langfeldt, Barmbeck, Käthnerort 54 I.

Altona. Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat gemeinsame Mitgliederversammlung der KAP. und Allgem. Arb.-Union bei Behrens, Konradstr. 9.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Gruppenobleute: Montag, den 18. Juni, ½8 Uhr, Am Ostbahnhof 17, Jugendheim. Thema: „Die russische Staatspolitik!" Interessierte Genossen können an dem Abend teilnehmen.

Betriebsobleute: Die erste gemeinschaftliche Sitzung findet am Freitag, den 22 Juni 1923, abends ½8 Uhr in der Schule, Gipsstr. 23, statt. Zu dieser Sitzung hat jede Gruppe einen Genossen zu delegieren. Außerdem müsen die 22 Bezirke der Union Groß-Berlin je einen Genossen, möglichst Jugendlichen, entsenden. Das Thema lautet: **„Unser Kampf als Jugend in den Betrieben!"**

Bildungsabende: Freitag, den 22. Juni, ½8 Uhr, in der Schule, Gipsstr. 23. **Abend I.** Für jüngere Genossen. **Abend II.** Für fortgeschrittene Genossen. Thema: **„Die Todeskrise des Kapitals und der Untergang in der Barbarei!"**

Gruppe Charlottenburg: Jugendheim, Wallstr. 76. Mittwoch, den 20. Juni, abends ½8 Uhr Vortrag: „Die geschichtliche Entwicklung und Notwendigkeit des Klassenkampfes."

Gruppe Osten: Mittwoch, den 20. Juni 1923. Vortrag bei Ostrowsky, Dirschauer Str. 13.

Gruppe Britz: Oeffentlicher Gruppenabend, Donnerstag, den 21. Juni 1923 im Heim, Britz, Rathaus, Chausseestraße.

An alle Genossen! Besondere Hinweise auf vollzähliges und pünktliches Erscheinen zu den Sitzungen erfolgen in Zukunft in den Versammlungsanzeigen nicht mehr, da dieses für jeden aktiv arbeitenden Genossen eine Selbstverständlichkeit ist. Sämtliche Anzeigen für den Versammlungskalender erfolgen nur durch die Bezirksleitung, und müssen rechtzeitig jeden Montag zu Beginn des Obleuteabends abgegeben werden.

Die Bezirksleitung der KAJ.

Alle sozialistische, kommunistische und schöngeistige Literatur
besorgt und liefert **Verlag der KAPD., Berlin NO.,** Landsberger Straße 6.
Wir kaufen antiquarische sozialist. Bücher.

Bestellschein:
Der Unterzeichnete bestellt hiermit die
„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"
Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.
Abonnementspreis für die zweite Juni-Hälfte 2250.—
Durch die Post für die zweite Juni-Hälfte 2500.—

Name: ____________________
Ort: ____________ Str. ____________ Nr. ______
Quergeb.: ________ Hinterh.: ________ Vorderh.: ________

Diesen Bestellschein bitten wir an den Verlag der „KAZ.", Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, im offenen Kuvert als „Drucksache" mit 20 Mark frankiert, einzusenden.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur [illegible], Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil [illegible], Charlottenburg. — Druck: [illegible], Berlin O 17

4. Jahrg. Nr. 47

Preis 450 Mk.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen, im Straßenhandel, bei allen Postanstalten und durch den Verlag der K. A. P. D., Berlin NO. 18, Landsberger Straße 6.

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6
Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen.
Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 48029.

Abonnementspreis für die zweite Juni-Hälfte 2250 Mk. Einzel-Exemplare zweite Juni-Hälfte, durch die Post innerhalb Deutschlands und Oesterreich 2500 Mark. Nach dem übrigen Ausland 7500 Mark monatlich.

„Goldlöhne" die neueste Schwindelparole

Vom Syndikus der deutschen Arbeitgeberverbände, Meißinger, bis zum letzten Oppositions-Krebs in den Gewerkschaften: Alle scheinen vom heiligen Geiste erleuchtet zu sein. Angefangen von der Erfassung der Sachwerte bis zur Stabilisierung der Mark, alles liegt in Fetzen vor den irregeleiteten Proleten, im Dreck der Illusion. Einem verehrten Publikum wird vom „Untersuchungsausschuß für fehlgeschlagene Markstützung" soeben kund und zu wissen getan, daß der Spaß **80 Millionen Dollar** gekostet hat. Das Geschäft hat sich für das deutsche Kapital gelohnt. Daß man jedoch mit einer bankrotten Firma, wie der deutschen Republik, ein weiteres Geschäft nicht abschließen kann, ist ebenso selbstverständlich. Deshalb weg mit den wertlosen Anteilscheinen der schwarz-rot-goldenen Republik, für die die Republik selbst nichts mehr übrig hat, und nur noch „Sachwertanleihen" auflegt, — aus sehr naheliegenden Gründen. Wie lange Gewerkschaften und sonstiges kleinbürgerliches Volk noch „passiven Widerstand" mimen wollen, ist dem Kapital höchst gleichgültig. Daß es gegen solche sentimentale Anwandlungen wie „Vaterlandsverrat" usw. gefeit ist, hat es zur Genüge bewiesen. Mag der kleinbürgerliche Haufen bei dem Rennen hinter den geschichtlichen Ereignissen über seine eigenen Knochen stolpern, oder seine letzte Kraft in hysterischen Schreikrämpfen über die böse Welt auspusten oder resigniert und widerstandslos verrecken in demokratisch-gewerkschaftlicher Hundemut: Im geschichtlichen Film werden auch sie ihre Rolle erfüllen, als Kulturdünger einer zukünftigen Generation.

Man stelle sich vor: Nach fünfjährigem Schuften der deutschen Proletarier, so intensiv, so unerhört, teilweise bei trocken Hanf, unter Verzicht auf die allerprimitivsten Bedürfnisse, unter Opferung der Gesundheit ihrer Kinder und ihrer eigenen, nach Hunderten von Konferenzen, Kongressen, Sachverständigenkomitees, „Internationalen" usw. stellt sich heraus, daß für den totkranken Kapitalismus nichts weiter übrig blieb, als den Krieg fortzusetzen, deren Folgen aus der Welt zu schaffen gerade die Aufgabe dieser Weltsachverständigen war. Man überlege den Entwicklungsgang der deutschen Wirtschaft: Die demokratische Republik ein leergefressenes Asyl für Obdachlose, in der es wimmelt von Parasiten, die den Rest für sich mit Beschlag legen als Lohn für die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung", angefangen von den Regisseuren der KPD.-Hundertschaften bis zu den Hakenkreuzbanden. Man betrachte nüchtern und real die kapitalistische Produktionsorganisation, die sich in ihrem Zentralisationsprozeß gen Westen schiebt und die nationalen Grenzen durchbricht, wie ein Schiff die ihm entgegenrollenden Wellen. Und wer noch die Kraft und den Mut hat, den Dingen gerade ins Gesicht zu sehen, der überzeuge sich, daß die Schuldenlasten immer größer geworden, die Schufterei nicht nur umsonst, sondern in ihrer praktischen Auswirkung eine Selbstkasteiung und Selbstverhöhnung des Proletariats war. Die Erniedrigung des Proletariats zum Vieh — noch unter das Vieh — dasselbe ausschaltete aus dem Kreis der Konsumenten, die nicht mehr so viel Kaufkraft besitzen, um die Maschinen der Warenproduktion, die sich nur drehen, wenn der Profit blüht, in Bewegung zu setzen. Man begreife die einfache uralte Wahrheit — die den „geschulten" deutschen Arbeitern immer noch ein Buch mit sieben Siegeln zu sein scheint — daß die Voraussetzungen von Reformen gesellschaftliche Kapitalsakkumulation (Anhäufung) ist. Nur wenn die Kapitalsubstanz, nicht des einzelnen Kapitalisten, sondern des Kapitals als gesellschaftlichen Faktor betrachtet, vermehrt werden kann, kann die Lage der Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, wenn auch nicht gehoben, so doch durch die Gesetze von Angebot und Nachfrage der Ware Arbeitskraft gehalten werden. Heute ist die Konzentration des Kapitals nicht verbunden mit Akkumulation, sondern die Konzentration ist verbunden mit fortwährender weiterer Vernichtung der Kaufkraft und damit des Absatzgebietes. Daraus, aus dieser naturnotwendig folgenden Einschränkung der Produktion erfolgt für das Kapital der Zwang zu intensiverer Ausbeutung. Der Versuch der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, aus den Knochen des Proletariats die Schulden der heißgeliebten Republik, die Reparationskosten und darüber hinaus noch so viel mehr, um das Manko, daß infolge des verlotterten Wirtschaftsapparates mehr herausgewirtschaftet werden soll, um die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erfolgreich führen zu können, ist mehr als fehlgeschlagen. Immer höher steigt der Schuldenberg. Immer höher steigt dem französischen Imperialismus das Wasser an die Kehle. Neuer Krieg! Das deutsche Kapital flüchtet in die französische Wirtschaft, um hinter sich das Chaos zu lassen.

Bald wird die helle Verzweiflung der in Lumpen gehüllten Proletarier offen zum Ausbruch kommen. Die demokratischen Republiken Mitteleuropas, jene Mißgeburten eines verlorenen Krieges, lösen sich in blauen Dunst auf. Das Kapital erhebt sich gleich einem Ungeheuer, löst sich aus Staat und Gesellschaft, und konzentriert sich in internationalen Monopolen, um die arbeitenden Massen zu erdrücken. Im letzten Taumel um den Profitanteil in denselben setzt seine magnetische Anziehungskraft alle kapitalistischen Kostgänger in nationalistischen Veitstanz. Bei Strafe ihres eigenen Unterganges als kapitalistische Sklavenreiter mobilisieren jene noch längst nach dem offensichtlichen Scheitern der utopistischen Parole: „Rettung der Reichseinheit", das Proletariat für seinen Todfeind. Der Höhepunkt ist bereits erreicht. Alles erweist sich als Bluff, Betrug. Politische Seiltänzer und Schmierenkomödianten glauben noch ihre Clownkunststücke vorführen zu dürfen, mit den Schlagern Arbeiterregierung und Hundertschaften, als die verhungernden Erwerbslosen den „roten" Ordnungsbestien mit Steinen das Brandmal an die Stirne schleudern. Ein kleinbürgerliches, gutgläubiges Proletariat steht erschauernd vom Sturm der Geschichte gepeitscht, fiebernden Auges dem gesellschaftlichen Krachen gegenüber, und jeden Augenblick kann der Orkan losbrechen — da entsteht eine neue Parole: Goldlöhne. Also: „Verbesserung des Lohnsystems".

Wir haben bereits ausgeführt, was die Voraussetzungen einer Verbesserung der Lebenslage des Proletariats im kapitalistischen Staate sind. Wir haben weiter ausgeführt, daß dieser Versuch — zum Glück für die Menschheit — gescheitert ist, und weiter scheitern muß. Wir fügen noch hinzu: Von wem sollen die infolge der völligen Entwertung der Mark und der dadurch hereinbrechenden sich ungeheuer verschärfenden Absatzkrise in Massen auf die Straße geschleuderten Proletarier nebst denen, die schon dem Hungertode nahe sind „Goldlöhne" hernehmen? Und weil man sagen wird, daß man sich nicht an den Begriff „Gold" klammert, sondern an ein „wertbeständiges Zahlungsmittel", sei uns vielleicht gestattet, zu bemerken, daß es nicht darauf ankommt, daß neue Zettel gedruckt werden, sondern darauf, daß das Ausland diese Fetzen genau so bewerten wird, wie die alten. Und es ist gar nicht schwer, einzusehen, daß die „Indexmethode" eine vorzügliche Waffe des Kapitals in bezug auf weiteren Lohnabbau ist. Denn wir stehen vor der durch das internationale Kapital notwendig gewordenen „Stützungsaktion", bei der es sich darum drehen wird, wie viel dann — wie in Oesterreich — abgebaut werden soll, um so die „Finanzen zu sanieren". Durch den Appell an die kleinbürgerlichen, primitivsten Vorstellungen, durch die Erinnerung an vorkriegszeitliche, erträgliche und den deutschen Proletariern so begehrlichen Ausbeutungsverhältnisse sollen die Arbeitenden von den Erwerbslosen getrennt, neue Illusionen erzeugt, der Bankrott der Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Kulissenschieber verschleiert, die Ausbeutung im Prinzip gerettet, den deutschen Proleten die Zipfelmütze noch tiefer ins Gesicht gezogen werden, um es, wenn es im kommenden Sturm aufgepeitscht wird, besser erdrosseln und unschädlich machen zu können.

Die deutschen Proletarier haben viele Illusionen zu Grabe getragen. Sie sind — zum großen Teil — davon überzeugt, daß sie belogen und betrogen werden. Sie ließen sich noch obendrein verhöhnen von ihren Bonzen durch das Lob von denselben, wenn sie gutgläubig auf deren Schwindel hereingefallen sind, sie gepriesen wurden als brave disziplinierte Gewerkschaftler. Sie ließen sich mit Schmutz bewerfen und als Verbrecher und Gesindel beschimpfen, wenn sie einmal in einer Anwendung von proletarischem Zorn gegen die eigenen

(Fortsetzung siehe 2. Seite.)

Das Ende des Ruhrabenteuers

Die letzte Spekulation des deutschen Kapitals ist fehlgeschlagen. Es muß kapitulieren. Das französische Kapital verlangt unerbittlich, daß der passive Widerstand bis zum völligen Zusammenbruch durchgeführt wird. Es will den vollen Triumph, damit dem deutschen Kapital ein für alle Mal der Mut zu einem Widerstand genommen wird. Das deutsche Kapital soll zu Kreuze kriechen und nicht auf dem Wege eines Vergleichs nach außen den Anschein erwecken dürfen, daß sein Widerstand ihm irgendeinen Vorteil gebracht hat. Den Gang nach Canossa wird es gehen müssen. Aber Cuno hat vor ca. zwei Wochen erklärt, daß die Ruhraktion bisher acht Milliarden Goldmark gekostet habe. Inzwischen wird dieser Betrag noch erheblich gestiegen sein. Gezahlt hat „das deutsche Volk" diesen Betrag. Da die Kapitalisten bei der Ruhraktion infolge der Markstützung enorme Gewinne eingestrichen haben, so kommt nur das Proletariat als der verlierende Teil in Betracht. Da eine Goldmark gleich 30 000 Papiermark ist, kann sich jeder ausrechnen, was die Ruhraktion gekostet hat. Dieser Betrag muß nicht nur mit jetzigen Elend, sondern auch mit dem zukünftigen bezahlt werden. Das deutsche Kapital hat genau so wie in den Kriegszeiten sich keine Sorgen um die Aufbringung dieses Betrages gemacht, sondern feste darauf losgewirtschaftet und aus dem, was noch da war, geschöpft in dem Bewußtsein, die Karre wird schon weiterlaufen, die Proleten werden mitlaufen. Es war wieder einmal notwendig geworden, die nationale Stimmung auf dem Wege über die Außenpolitik zu entfachen, da die revolutionäre Bewegung innerhalb des Proletariats zunahm. Man wollte wie 1914 die drohende Verschärfung der Wirtschaftskrise im Zeichen der nationalen Einheitsfront überwinden und die Ausbeutungspolitik gegen das Proletariat als Zwang von außen formulieren. Das deutsche Kapital wußte, daß nach Beendigung der Valutakonjunkturen die Notwendigkeit der Markstbalisierung kam, die in das Proletariat eine ungeheure Verschlechterung seiner Lage bringen mußte. Deshalb mußte die Markstabilisierung nach dem österreichischen Muster äußerlich vom Ausland erzwungen werden. Es mußte verdeckt werden, daß sie eine Folge der Erfüllungssabotage als der von dem deutschen Kapital verfolgten Politik sei. Es soll dies nicht so aufgefaßt werden, als ob es von dem mehr oder weniger guten Willen des Kapitals abgehangen hatte, einen Wiederaufbau oder gar eine Gesundung durchzuführen. Es hatte nur die Möglichkeit gehabt, rationeller zu wirtschaften und den Zusammenbruch zu verzögern. Es hat aber rücksichtslos gegen sich selbst gewütet. Es konnte nicht die Zeit abwarten und stürzte sich in eine Scheinkonjunktur nach der andern in dem Glauben, daß mit einer immer stärker werdenden Verelendung des deutschen Proletariats und eines dementsprechend durchgeführten Ausverkaufs der deutschen Wirtschaft seine Reparationsschuld auch gemildert würde. Es ist nicht zu verkennen, daß es in dieser Richtung einen erhebenden Erfolg aufzuweisen hat. Er ist aber auch außerordentlich schwer erkauft. Fast der gesamte Produktionsapparat ist zerstört, der maschinelle und der menschliche. Die Produktionsmittel stehen bezüglich ihrer technischen Qualität weit unter derjenigen der übrigen Industrieländer. Der Absatz der Industrieprodukte war bisher nur möglich durch eine ungeheure Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, und die niedrige Valuta. Beide Ausbeutungsfelder haben ihre Grenzen. Die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft ist abhängig von dem durch den Lohn möglichen Lebensunterhalt. Die äußeren Zeichen für eine zu geringe Höhe sind die Epidemieen. Der Gesundheitszustand fällt dauernd, besonders die Proletarierkrankheit, die Tuberkulose nimmt in so erschreckendem Umfang zu, daß selbst die bürgerlichen Zeitungen gezwungen sind, vor einer weiteren Herabsetzung des Reallohnes zu warnen. Sie müssen offen den Zerfall zugestehen. Eine Stabilisierung der Mark muß noch zu einer weiteren Einschränkung der Ausgaben für den öffentlichen Gesundheitsdienst führen. Ein langsames Sterben der Massen wird beginnen. Die Unmöglichkeit, die bei den heutigen niedrigen Reallöhnen für die Familienväter besteht, ihren Kindern eine auf Jahre sich erstreckende Fachausbildung zu geben, erschöpft gleichzeitig mit der Einschränkung der Kinderzahl die für die Durchführung der Maschinenarbeit notwendige Ziffer der Facharbeiter. Es wird damit der technischen Entwicklung der deutschen Industrie und damit ihrer Absatzmög-